Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion. an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 80. | Danzig, den 1. Oktober 1913. | 4. Jahrgang.

Parteigenossen!

Mit Befriedigung kann die Partei auf den Parteitag in Jena zurückblicken. Er hat zur Vertiefung unserer Grundsätze und zur Klärung unserer Taktik beigetragen und hat gezeigt; daß die Partei kampfesfroh vorwärtsschreitet und entschlossen ist mit äußerster Energie für ihre Forderungen einzutreten.

Getreu den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes wird die Partei in der Propagierung ihres Endzieles: **der Befreiung der Arbeiterklasse von jeglicher Unterdrückung,** ihre vornehmste Aufgabe erblicken. Auf dem Wege zu diesem Ziele wird sie aber auch den Forderungen gerecht werden, die das wirtschaftliche und politische Leben des Tages bringt. Es gilt nicht nur die Angriffe beutegieriger Scharfmacher auf die Rechte der Arbeiter abzuschlagen, dem Volke müssen auch neue Rechte erkämpft werden!

Die Fortführung des

Wahlrechtskampfes in Preußen

ist Ehrensache der Partei. In der Presse, in Versammlungen, in den Parlamenten, wo immer sich Gelegenheit bietet, muß unaufhörlich die Dreiklasseninfamie gebrandmarkt werden. Immer weitere Volkskreise müssen mit Haß erfüllt werden gegen das System schamloser Entrechtung in Preußen. Es muß alles aufgeboten werden, um dem preußischen Volke die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erringen. **Die Partei ist entschlossen, darüber hat der Parteitag keinen Zweifel gelassen, für diesen Kampf alle Kräfte einzusetzen!**

Der **alten bewährten**

Taktik der Reichstagsfraktion,

die darauf gerichtet war, die durch den imperialistischen Wahnsinn geborenen Steuerlasten von den Besitzlosen abzuwehren und auf die Schultern der Besitzenden zu legen, hat der Parteitag mit großer Mehrheit zugestimmt. Er hat das gesamte **Steuerproblem** der Klärung nähergebracht und auf diesem Gebiete Richtlinien für unsere Vertreter im Reichstage und in den Landes- und Gemeinde-Parlamenten festgelegt. Das Interesse des Proletariats, der ganzen erwerbstätigen Volksmassen war auch bei dieser Entschließung entscheidend.

Im Mittelpunkt der Debatten in Jena stand die Beratung über

die Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch den Balkankrieg, die Rüstung- und Kriegstreibereien haben hunderttausende Arbeiter der Grundlagen ihrer Existenz beraubt. Längere Arbeitslosigkeit ist für die Arbeiterfamilie gleichbedeutend mit Not und Elend. Nicht wenige Arbeiter versinken während der Arbeitslosigkeit in den Sumpf des Lumpenproletariats, oder werden auf die Bahn des Verbrechens getrieben. **Den Arbeitslosen zu helfen, ist die nächste und dringendste Aufgabe des Tages!**

Ist auch die Arbeitslosigkeit untrennbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden, so fehlt es innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung doch nicht an Mitteln, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Not der Arbeitslosen zu lindern.

Wir fordern **sofortige Ausführung öffentlicher Arbeiten** und planmäßige **Schaffung von Arbeitsgelegenheit,** wodurch vielen Arbeitslosen Beschäftigung verschafft werden kann. Wir verlangen weiter die Schaffung einer allgemeinen, alle Arbeiter und Angestellte umfassende **reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung** und bis zu deren Verwirklichung Zahlung von Zuschüssen zu den gewerkschaftlichen Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln.

Parteigenossen! Zur Durchführung einer wirksamen Arbeitslosenfürsorge muß überall eine **energische Agitation** in Angriff genommen werden. Das Vorgehen unserer Vertreter im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden muß durch **Massen-Versammlungen** nachdrücklichst unterstützt werden.

Die mit voller Wucht hereinbrechende Wirtschaftskrise hat bereits im verflossenen Jahre hemmend auf die Fortentwicklung unserer **Organisation** und die Ausbreitung unserer **Presse** eingewirkt.

Nur verdoppelte Anstrengung kann die Ungunst der Verhältnisse wettmachen!

Mit allen Kräften müssen wir daher die weitere Verbreitung unserer Presse und die Stärkung unserer Organisation fördern, soll die Partei ihre großen Aufgaben erfüllen, den bevorstehenden Kämpfen und Stürmen **gewachsen sein.**

Drum auf, Parteigenossen, an die Arbeit!

Hoch die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Berlin, den 27. September 1913.

Der Parteivorstand

Bartels, Braun, Ebert, Gerisch, Haase, Molkenbuhr, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Weis, Wengels, Zietz.

Politische Übersicht.

Immer noch Albanien.

Als, angestachelt von der österreichischen und italienischen Regierung, die Londoner Botschafterkonferenz beschloß, daß Albanien nicht unter Serbien und Griechenland aufgeteilt, sondern zu einem „selbständigen" Fürstentum erhoben werden sollte, waren sich alle Kenner des Problems, soweit sie nicht durch die schwarz-gelb gefärbte k. k. Ballplatz-Brille in die Welt schauten, in ihrem Urteil über diese Spottgeburt einig. Aus inneren und äußeren Gründen

Karte zu den serbisch-albanischen Grenzkämpfen.

stellte dieses „autonome" Albanien von vornherein eine politische und staatsrechtliche Unmöglichkeit dar, denn wie der Albaner, die „Indianer Europas", in all ihrer Wildheit und Waldursprünglichkeit als staatenbildendes Element vorderhand undenkbar sind, so mußte auf der andern Seite die Beutegier des österreichischen und des italienischen Imperialismus den neuen Staat nur zu einem sehr vorübergehenden Provisorium machen. In der Tat geht jetzt, da gerade die Kommission sich auf den Weg gemacht hat, die dem neuen Albanien die Grenzpfähle abstecken soll, an der Adriaküste wie auch im Innern des Landes alles drunter und drüber.

Einmal hat Essad Pascha, „Minister des Innern" der „provisorischen Regierung" von Albanien, sich mit kühnem Griff der „Staatskasse" bemächtigt, deren wertvollster Inhalt allerdings wohl nur aus einigen Hosenknöpfen bestehen dürfte, und ist, so scheint es, drauf und dran, sich in irgendeiner Form zum Herrscher des Landes ausrufen zu lassen. Man kennt diesen Staatsstreichler zur Genüge. Essad Pascha ist ein waschechter Typ jener albanischen Feudalherren, Beiraktars genannt, die, gestützt auf eine Gefolgschaft von ein paar hundert Mauserflinten, den Räuberhauptmann im größeren Stil spielen und, weltenfern von jedem ihnen angedichteten „albanischen Patriotismus", nur von dem einen Grundsatze durchdrungen sind, daß eine schmutzige Hand die andre waschen muß, und von dem zweiten Axiom, daß Geld nicht riecht. So hat denn auch Essad Pascha von diesem und jenem seine güldenen Zechinen in Empfang genommen, immer schmunzelnd und immer unter starken Versprechungen, von denen nie eine gehalten wurde. Dem Sultan des alten Regimes hatte er die Treue geschworen und die Treue gebrochen, mit den Jungtürken machte er es nicht anders, und als er in dem belagerten Skutari das Oberkommando führte, bewies er für seinen Teil aufs neue den alten Satz, daß ein mit Gold beladenes Maultier jede Festung zu ersteigen vermag: gegen Bezahlung lieferte er die Stadt den Montenegrinern aus. Schon damals schien er Selbständigkeitsgelüste im Busen zu hegen, ließ sich aber noch einmal, wahrscheinlich durch klingende Ueberzeugungsgründe, beschwichtigen und machte als „Minister des Innern" die heillose Affenkomödie jener „provisorischen Regierung" mit, in der der Unterrichtsminister ein Analphabet ist, der Finanzminister nicht für ein Päckchen Zigarettentabak Kredit genießt und deren Präsident für eine Prise und einen Sliwowitzschnaps jederzeit käuflich ist. Wenn Essad Pascha jetzt als „Minister" die Flinte ins Korn geworfen und dafür als Rebell die Flinte ergriffen hat, so ist schwer zu sagen, was er damit im Schilde führt. Aber daß er vor nicht langem in Wien weilte, von dem Minister des Auswärtigen mehr als freundlich begrüßt und sicher mit beschwerten Taschen entlassen, und daß er jetzt angeblich in Tirana die österreichische Flagge gehißt hat, sind Tatsachen, auf die man sich seinen Reim selber machen kann.

Es liegt auf der Hand, daß nach den tausend Mißerfolgen seiner Balkanpolitik Herr v. Berchtold um so festeren Fuß in Albanien fassen möchte, und nicht minder liegt es auf der Hand, daß Italien, das dem Bundesgenossen eher die Pest an den Hals gönnt als den Besitz der Adriaküste, allenthalben seine Gegenminen legt. Wirklich beschweren sich die Interessenvertreter der Donaumonarchie in Albanien darüber, daß die Vorposten der italienischen Expansion auf dem Balkan den Eingeborenen vor den Segnungen der Habsburger graulich zu machen suchten. Die unterirdische Maulwurfsarbeit dieser beiden zunächst interessierten Mächte kann nicht nur, sondern muß über kurz oder lang zu einem Konflikt und einem Zusammenprall führen, der im besten Fall den tiefen Riß in der „Bundestreue" bis zur Unheilbarkeit verbreitern wird.

Auf der andern Seite mögen auch die Serben nicht so unrecht haben, wenn sie die Machthaber am Wiener Ballplatz beschuldigen, bei dem albanischen Aufstand, der in der Gegend von Djakowa und Prizrend eben gegen die serbische Herrschaft aufgeflammt ist, ihr Händchen mit im Spiele zu haben. Allerdings ist das nicht Voraussetzung für einen solchen Aufstand. Wie wenig ernst es den Mächten in London mit ihrer Schöpfung, dem „selbständigen" Albanien, war, erkennt man aus der Art, wie sie diesen Staat abgegrenzt haben. Wenn schon, denn schon! Wollte man wirklich ein albanisches Staatswesen aus dem Nichts hervorzaubern, mußte man ihm auch alle unzweifelhaft albanischen Gebietsstriche zuteilen, während man in Wirklichkeit gerade die fruchtbarsten Teile Nordalbaniens Serbien überlassen hat. Verständlich, daß die Arnauten, die über Nacht Serben geworden sind, sich gegen die neuen Herren auflehnen, wenn sie sehen, daß ein paar Meilen weiter ein Schkipetarenstamm, der zum „autonomen" Albanien geschlagen wurde, seine ungebundene Freiheit behält. Diese Arnauten würden aber ebenso wie jetzt gegen die Serben und wie vor Jahresfrist noch gegen die Jungtürken, gegen jedermann aufstehen, der sie in den Rahmen einer Staatsordnung hineinpressen wollte; und sollte, wenn er wirklich erkiest und erkoren ist, der neugebackene Fürst von Albanien auf den tollkühnen Gedanken kommen, von seinen treuen Untertanen Steuern zu heischen oder ihnen gar den Mauser samt Patronen abzuverlangen, so werden ihm genau so die Kugeln um den Kopf fliegen, wie den unterschiedlichen türkischen Generalen, die aus den Albanern abgestempelte und numerierte Bürger eines modernen Staatswesens machen wollten. Es sind eben Halbwilde, die Herren Schkipetaren, nicht um Jahrhunderte, sondern um Jahrtausende in der Entwicklung zurückgeblieben; von der modernen Zivilisation haben sie nichts angenommen als das Repetiergewehr; sonst wollen sie von ihr nichts wissen und lehnen hartnäckig Landstraßen und Eisenbahnen ab als Mittel, mit denen sie ihrer primitiven Selbständigkeit beraubt werden können. Hier ergibt sich ein Zirkel ohne Ende. Damit Albanien wirtschaftlich aufblüht, bedarf es der Landstraßen und der Eisenbahnen, und vor allem muß, damit Handel und Wandel sicher seinen Zielen nachgehen kann, die Blutrache mit ihren wahrhaft verheerenden Wirkungen beseitigt werden. Beseitigung der Blutrache aber bedingt Entwaffnung der Eingeborenen, und die Entwaffnung kann ohne Gewalttat und Blutvergießen gegen die leidenschaftlich sich Sträubenden nicht durchgeführt werden. So muß jeder Versuch, Albanien aus dem Sumpf seiner Rückständigkeit aufzurütteln, mit schweren Erschütterungen enden, und da sich hier allein nach Beendigung des Balkankrieges eine Reibungsfläche entgegengesetzter Interessen der Großmächte befindet, ist Albanien eine stete Gefahrenquelle für den Weltfrieden.

Bis die albanische Nuß geknackt ist, wird noch mancher schöne Backenzahn auf der Strecke bleiben.

Deutschland.

Es lebe der Suff!

Daß der Kampf gegen den Alkohol keine persönliche Liebhaberei einzelner Fanatiker ist, sondern daß sich daran jeder beteiligen muß, dem die Volksgesundheit am Herzen liegt, das ist heute schon so ziemlich allgemein anerkannt. Eine Ausnahme bilden die Studenten. Hier, bei der „goldenen Jugend" der besitzenden Klassen, bildet der Suff und was dazu gehört einen Hauptteil der standesgemäßen Bildung. Nur der kann bei uns in allen Staatsämtern Karriere machen, der einem feudalen Korps angehört und darin allen Sauf- und Raufvorschriften volle Genüge getan hat. Wehe dem, der sich gegen die Erziehung durch den Suff auflehnt!

Im Juni dieses Jahres fand auf dem Marktplatz der pommerschen Universitätsstadt Greifswald ein Kommers zu Ehren des Regierungsjubiläums Wilhelms des Zweiten statt. Die Korporationen und die Freistudentenschaft saßen einträchtig beim Bier zusammen. Man trank, redete patriotische Sachen, rieb Salamander, sang und trank wieder. Alles wäre gut verlaufen, wenn nicht die abstinenten Studenten gegen diese Feier sich aufgelehnt hätten. Seit einigen Monaten hatte man schon einige Studenten in Kniehosen und Samtjacken und ohne Kopfbedeckung in den Straßen umhergehen sehen. Und jetzt protestierten sie öffentlich durch die Verbreitung eines Flugblattes gegen das Trinkgelage beim Kaiserkommers. Rektor und Senat, die selbst an dem Kommers teilgenommen hatten, sahen darin eine „Aufreizung zum Vergehen gegen akademische Sitten" und die Vorsitzenden der abstinenten Vereinigungen „Wiking" und „Ortrupp" bekamen dafür einen Verweis. Später erhielt ein enthalsamer Student drei Tage Karzer, weil er die erste Bestrafung kritisiert hatte. Die Freunde des Biertrinkens hatten aber mit diesem Erfolge nicht genug; die Korps leiteten eine Gegenbewegung ein unter dem Wahlspruch: „Es wird erst recht gesoffen!" und veranstalteten mit Genehmigung des Rektors allwöchentlich Früh- und Dämmerschoppen nach dem Vorbilde von Jena auf dem Greifswalder Marktplatz. Das ärgerte, wie man begreift, die Nichttrinker, und sie verfaßten eine Erklärung gegen den Rektor, einen Geheimen Rat. Diese Kühnheit mußte gerochen werden: zwei Studenten hat man bereits exmatrikuliert (von der Universität verwiesen), vier anderen will man mit derselben Strafe beikommen.

Und die Moral von der Geschichte? Wer sich gegen den Suff auflehnt, der hat die schwersten Strafen zu gewärtigen. Zwar haben wir erst jüngst in Wolkramshausen erlebt, welch ungeheures Elend der Alkoholteufel über ganze Familien bringen kann. Jedoch wurden hier „nur" Arbeiter betroffen, die haben ihre Strafen be-

kommen und für die andern heißt es wie immer: Es wird weitergelossen! **Wir haben aber die Hoffnung, daß man den Kampf gegen den Alkohol nicht einer kleinen Schar überzeugungstreuer Leute überläßt, sondern, daß die Erkenntnis von der ungeheuren Schädlichkeit dieses Volksgiftes in immer weitere Kreise besonders der Arbeiterschaft dringt.**

Sind die Strafen noch nicht hoch genug?

Wie der Erfurter Tribüne mitgeteilt wird, hat der Kommandeur des 11. Armeekorps, Herr von Scheffer-Boyadel, beim Reichsmilitärgericht in Berlin Revision gegen das Urteil des Oberkriegsgerichts Kassel angemeldet, das am 4. September d. Js in der Erfurter Verhandlung als Berufungsinstanz fünf Mehrleute und Reservisten aus Wolkramshausen wegen Unruhen während der Kontrollversammlung zu Rüxleben mit Strafen belegt hatte.

Die in Erfurt verhängten Strafen waren trotz der durch den Reichstag herbeigeführten Milderung des Militärstrafgesetzes noch außerordentlich hart. Wenn die Angeklagten trotzdem auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet haben, so taten sie das wohl aus Zweckmäßigkeitsgründen. Sollen dem Korpskommandeur die Strafen immer noch nicht hoch genug sein? Das Traurige dabei ist, daß die Verurteilten um so länger in der Haft sitzen müssen, je weiter die Beendigung des Prozesses hinausgeschoben wird.

Der Knüppel als „geistige Waffe".

Am Tage der preußischen Landtagswahl hatte sich der konservativ gesinnte Arbeiter Warnat aus Noragehlen (Kreis Niederung) Ostpreußen nach einer Siegesfeier im Kruge auf den Arbeiter Stesewitz, der als Sozialdemokrat bekannt war, gestürzt, ihm einen wuchtigen Schlag mit dem Stock auf den Kopf versetzt und dann wie ein wildes Tier auf den Mann, der blutend am Boden lag, eingeschlagen. Der Genosse hat an den Folgen längere Zeit krank gelegen. Die konservative Staatsstütze erhielt vom Schöffengericht in Heinrichswalde 14 Tage Gefängnis für die Brutalitäten. Der Mann legte aber gegen dieses Urteil, das schon sehr milde ist, Berufung ein, und vor der Strafkammer in Tilsit erklärte der Angeklagte, er hätte **deshalb den Stesewitz niedergeschlagen, weil dieser sich nicht geniert hätte, in der „konservativen Niederung" seine Stimme einem sozialdemokratischen Wahlmann zu geben.** Seine Berufung wurde verworfen.

Aus Not vergiftet!

Den Segen der herrlichen Reichsversicherungsordnung illustriert folgende furchtbare Meldung:

Einen Vergiftungsversuch vor den Schranken des Oberversicherungsamts Breslau machte der Heizer Berthold Gottschling, als er sich **durch den Spruch des Gerichts aller Hoffnung auf die Gewährung einer Rente beraubt sah.** Gegen ihn wurde eine der bekannten Entscheidungen gefällt: „Wenn G. auch nicht mehr als Heizer tätig sein kann, so doch noch als Straßenkehrer oder Hilfsarbeiter." Das Reichsversicherungsamt hatte die Abweisung des Heizers schon einmal aufgehoben, aber auf Grund der ärztlichen Gutachten wies das Gericht den Mann aufs neue ab. Blitzschnell nahm er ein Fläschchen und trank es aus. Es enthielt **Quecksilberlösung**; der Mann mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo man ihn zu retten hofft.

Das Vermögen der Versicherungsanstalt ist auf 2 Milliarden (2000 Millionen Mark) angewachsen. „Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis ins hohe Alter" . . .

Die „Freunde" der Bauern.

Im Kreise Nimptsch in Schlesien hat der Junker, Amtsrat Rhode Kurtwitz, in kurzer Zeit 37 Bauerngüter aufgekauft und seinem Großgrundbesitz einverleibt. **3100 Morgen Bauernland sind dadurch in Junkerbesitz übergeführt und zwei Dörfer aufgehoben worden.** Wo selbständige Bauern saßen, wie in Kniegnitz, haben die „Patrioten" jetzt ausländische Wanderarbeiter angesiedelt. Genau dasselbe vollzieht die Herrschaft Heinrichau im benachbarten Kreise Münsterberg, die weite Landstrecken aufgesogen und Bauern von mehrhundertjähriger Seßhaftigkeit aus ihrem Besitz entfernt hat. Die Agrarier werden diesmal die Tatsachen nicht beschönigen können; denn die Klagen werden vom Breslauer Zentrumsblatt veröffentlicht, das es überaus traurig findet, daß kein Gesetzesparagraph dieses volkswirtschaftliche Uebel der Aufsaugung verhindert.

Die Lebensmittelverteurer an der Arbeit. Der Verband Deutscher Gemüsezüchter hat an den Reichstag eine Bittschrift um Schutz des heimischen Gemüsebaues durch Zölle gerichtet. Er verlangt für die Erneuerung des Zolltarifes dieselben Zölle auf Gemüse, die von den größeren gärtnerischen Verbänden gefordert worden sind. Es wird in der Petition gesagt, daß der Wert der Einfuhr von Gemüsen nach Deutschland vom Jahre 1909 bis 1912 von 38 Millionen auf 80 Millionen Mark, also über das Doppelte, gestiegen ist. Wenn aber weiter behauptet wird, durch Zölle auf Gemüse könne der Gemüsebau gesteigert und der beängstigenden Landflucht mit ihren ungünstigen Folgen „entgegengearbeitet werden", so ist das ein großer Irrtum, wie doch die landwirtschaftlichen Zölle dies beweisen.

„Zeppelin-Jäger". Das Pariser Journal teilt mit, in die französische Militäraviatik werde ein gepanzerter Aeroplan eingestellt, der den Namen „Zeppelin-Jäger" führt. Er ist mit einer Kanone ausgerüstet und seine Aufgabe soll die Vernichtung der Lenkballons sein. — So schlägt ein technischer Fortschritt den andern tot. Aber das Mordrüsten lebt — und das Volk bezahlt die Zeche.

Eine Denkschrift über den Bauschwindel wird vom Statistischen Amt vorbereitet. Die Denkschrift, die bis Ende des Jahres fertig werden und dann dem Reichstag unterbreitet werden soll, hat die Aufgabe, die Entscheidung darüber zu erleichtern, ob der zweite Teil des Gesetzes über Sicherung der Bauforderungen in Kraft treten soll. Die Erhebungen über den Bauschwindel, die vom Statistischen Amte angestellt wurden und die der Denkschrift zugrunde liegen, sind sehr umfangreich gewesen. Alle Bauhandwerker haben Fragebogen zugestellt erhalten, in denen sie ihre Erfahrungen niederzulegen hatten. Unabhängig von diesen Erhebungen sind von den Behörden andere Erhebungen angestellt worden, aus denen festgestellt werden soll, ob gewissen Bauunternehmern und Bauleitern der Betrieb ihres Gewerbes auf Grund des Paragraph 35 Absatz 5 der Gewerbeordnung wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden ist. Es soll sich durch diese Erhebungen herausgestellt haben, daß die Verbote des Gewerbebetriebes aus Gründen der Unzuverlässigkeit wesentlich zugenommen haben.

Königstreue Bienen. Gelegentlich der Tagung der rheinischen Agrarier in Essen hielt auch die Sektion Bienenzucht eine Versammlung ab. Ein Lehrer Möhring aus Birlich verzapfte zum Schluß seines Vortrages über die „Bedeutung der Bienenzucht für das Volkswohl" folgende Weisheit: „Außer diesen Vorteilen bringen die Bienen auch materiellen Vorteil dem Züchter selbst und **üben einen hohen sittlichen Einfluß aus auf die Züchter,** die durch die Betrachtung der Einrichtung des Bienenstaates zur **Zufriedenheit, Verträglichkeit, Fleiß, Vaterlandsliebe und Königstreue erzogen werden.**" — Mehr kann man von der Erziehungskunst der Bienen an einem preußischen Volksschullehrer nicht verlangen.

Ausland.

Großbritannien.

Hilfe für Dublin. Der Kampf in Dublin ist in ein neues Stadium getreten. Die Scharfmacher der irischen Hauptstadt haben von nun an nicht allein mit der in langem Elend geübten Widerstandskraft der Dubliner Arbeiter gegen den Hunger zu rechnen. Die englische Gewerkschaftsbewegung hat begonnen, tätig einzugreifen. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hielt eine Sitzung ab, in der es den Bericht der vom Kongreß in Manchester nach Dublin gesandten sechsgliedrigen Deputation entgegennahm. Nach einer Diskussion des Berichts wurde beschlossen, sofort eine Schiffsladung von Lebensmitteln im Werte von 5000 Pfund Sterling (10 000 Mark) zur Verteilung unter die Streikenden nach Dublin zu schicken. Da dem Parlamentarischen Komitee nur sehr begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, konnte es diese Aktion nur in der Weise unternehmen, daß es die Lebensmittel bei der Großeinkaufsgesellschaft der englischen Konsumvereine auf Kredit bestellte und von ihr transportieren läßt und sich verpflichtete, das Geld durch einen Aufruf um freiwillige Sammlungen der Gewerkschaften aufzubringen.

Spanien.

Vom marokkanischen Abenteuer.

Eine Depesche aus Larasch an den spanischen Kriegsminister meldet: Bei einem Angriff zweier spanischer Kolonnen auf ein Duar (Zeltlager) bei Akonzar wurde der Feind mit Verlust zurückgeworfen und ließ 18 Tote zurück. Die spanische Artillerie zerstörte mehrere Duars. Die Spanier verloren zwei Leutnants, fünf eingeborene Soldaten ist und drei Offiziere und 26 Soldaten verwundet.

Im spanischen Volk greift die Unzufriedenheit über den verlustreichen Feldzug um sich und wird immer stärker. Auch das Militär will von dem Abenteuer nichts wissen; der Freiwilligenstrom für Marokko ist seit langem vollkommen abgeebbt, und bei der Einschiffung der nach dem Rifgebiet abkommandierten Truppenteile kam es hin und wieder zu bösen Szenen. Neuerdings ist es sogar im Leibregiment des Königs zur offenen Meuterei gekommen, in deren Verlauf ein Offizier von der revoltierenden Mannschaft getötet worden ist. Ein größerer Teil des Leibregiments, das von Algeciras nach Tetuan eingeschifft werden sollte, widersetzte sich, als die Mannschaften an Bord gehen sollten. Abgesehen von der allgemeinen Abneigung gegen den Dienst in Afrika, hatten die Leute auch sonst Anlaß zur Unzufriedenheit; es handelt sich nämlich um das Regiment, bei dem der „liberale" Ministerpräsident Romanones die Söhne einflußreicher Madrider Familien von der Teilnahme am afrikanischen Feldzug befreite.

Also nur die armen Teufel sollten Zielscheiben für die Kugeln der Kabylen werden, während die Bourgeoissöhnchen nach wie vor in Madrid das „Gardeprinzip" wahren.

Tatsache ist, daß die Empörung aller Kreise von den Konservativen bis zu den Radikalen eine ungeheure ist, da man weiß, daß sich in der Kriegslage die Wendung zum Schlimmen hauptsächlich auf das Eingreifen einflußreicher Persönlichkeiten in der Regierung zurückführt, die dabei Privatinteressen in den Vordergrund zu schieben bemüht waren. Daß die Regierung die militärischen und politischen Schwierigkeiten der Situation sehr wohl erkennt, erhellt nicht nur aus dem Projekt der Schaffung einer spanischen Fremdenlegion, sondern das beweist auch die spanisch-französische Annäherung, von der man in Madrid natürlich in erster Linie eine militärische Entlastung in Marokko erwartet.

Ein Rekrut von Anno 1813

Von Erckmann-Chatrian.

33] Autorisierte Übersetzung von Ludwig Pfau.

Klipfel warf die Kleine wieder hin, und wir eilten weiter, ohne uns umzusehen. Wir erreichten bald das Ende des kleinen Waldes, welcher drei Viertel des Abhangs einnahm, während dichtes Gestrüpp sich noch zweihundert Schritte weiter bis auf die Höhe erstreckte. Die Preußen, die wir verjagt hatten, waren hier versteckt; von allen Seiten erhoben sie sich, um ihre Schüsse abzugeben und sich ebenso schnell wieder zu bücken.

Wir hätten es uns hier ganz bequem machen können, da wir nur Befehl hatten, das Gehölz zu besetzen, und das Gestrüpp uns nichts anging. Hinter unsern Bäumen hätten uns die Schüsse der Preußen nichts anhaben können. Allein von der andern Seite des Abhangs her vernahmen wir den Donner einer furchtbaren Schlacht: die Kanonenschüsse folgten sich nicht einzeln sondern es war ein fortwährendes Rollen und Dröhnen, wie bei einem Orkan. Obwohl dies ein Grund mehr zum Bleiben gewesen wäre, meinten unsere Offiziere, das Gestrüpp gehöre auch noch zum Walde und müsse daher ebenfalls gesäubert werden. Das sollte manchem von uns das Leben kosten.

Wir erhielten also Befehl, die feindlichen Plänkler zu verjagen, und da sie, sobald wir uns näherten, auf uns schossen und sich dann wieder verbargen, so gingen wir im Dauerlauf auf sie los, um sie am Wiederladen zu verhindern. Unsere Offiziere liefen so schnell wie wir. Dabei tröstete uns der Gedanke, daß wir, wenn die Preußen ins Freie gejagt wären, unsererseits aus dem sicheren Gebüsch unter sie feuern könnten. Aber kaum waren sie atemlos oben angekommen, so schrie unser Sergeant:

„Die Husaren!"

Ich blicke auf und sehe hinter dem Höhenrücken Kolpaks auftauchen, denen bald Menschen- und Pferdeköpfe folgen, und wie der Sturmwind waren sie über uns. Dies sahen und ohne längeres Bedenken in Sätzen von fünfzehn Fuß den Abhang wieder hinunter rennen, trotz der Müdigkeit, trotz des Tornisters und trotz allem war für mich die Sache eines Augenblicks. Auch die andern, Zebedäus und der Sergeant Pinto, liefen was sie konnten, und die Husaren mit entsetzlichem Getöse hinterdrein; die Offiziere kommandierten, die Pferde schnaubten, die Säbelscheiden klirrten und der Erdboden zitterte, so daß uns alle eine Gänsehaut überlief.

Ich hatte den kürzesten Weg zum Walde genommen und glaubte mich schon gerettet, als ich unmittelbar am Gehölz in eine [illegible] Grube fiel, welche die Bauern ausgraben, um sich Lehm zum Bauen zu holen. Sie war wenigstens zwanzig Fuß tief und vierzig Fuß lang, und der Regen, der seit einigen Tagen unaufhörlich fiel, hatte die Ränder sehr schlüpfrig gemacht. Da [illegible] Schwanken der Pferde immer näher kam, so [illegible] mich zu Boden, so nahm ich [illegible] Anlauf und fiel in diese Grube [illegible] auf den Knien, [illegible] Kopf und Tornisterriemen [illegible] andern Soldaten [illegible] [illegible] Augenblick [illegible] Kopf [illegible] Ich versuchte [illegible] Ich [illegible] Ich [illegible] Ich

Kleine politische Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl in Dresden-Neustadt. Die Nationalliberalen beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen und den fortschrittlichen Kandidaten zu unterstützen.

Die Ärzte im schroffsten Kampfe gegen die Krankenkassen. Die wirtschaftliche Ärztevereinigung des Kreises Mainz hat sämtlichen Ortskrankenkassen für den 1. Januar 1914 gekündigt.

Wieder eine Handelskammer gegen die Kontor-Leutnants. Aus Liegnitz wird gemeldet: Die Liegnitzer Handelskammer lehnte die im Rundschreiben des Kriegsministers verlangte Förderung der Anstellung verabschiedeter Offiziere ab, weil dadurch die Interessen der Angehörigen des Kaufmannsstandes geschädigt würden und weil den Offizieren die erforderliche fachliche Vorbildung fehle. Falkenhayn hat Pech.

Der dritte Parteitag in Jena.

Vierter Verhandlungstag. Nachmittagssitzung.

Ebert eröffnet die Sitzung. Zur Beratung steht die

Steuerfrage.

Hierzu liegt folgender Antrag (Resolution 114) vor:

Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltskosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eines der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen.

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen.

Geyer. Stadthagen. Crispien. O. Rühle. Ledebour. R. Luxemburg. Cl. Zetkin. Westmeyer. Kleinspehn. Bihlmaier. Westkamp. E. Müller. P. Berten. Krüger. (Leipzig). **Aug. Böhle. Herm. Müller. Fried. John. Auguste Hennig. Karl Leich. Möller. Grenz. Willig. Baudert. Fr. Klingler. Wilh. Apel. Kunert. Zentgraf. Rich. Meier. Raute. Käppler. Jaffke. Arendsee. A. Hoffmann. P. Hoffmann. K. Klingler. G. Davidsohn. P. Reißhaus. Vogtherr. Magnus Gebhardt. Chr. Gutekunst. Stolle. Heinrich Knauf. H. Linde. Donalies. W. Ziegler. Hartung. H. Schulz** (Elbing). **Matuszewski. Peter** (Elbing). **Sellin** (Danzig). **Gottschalk. Aug. Beck. Engelhardt. Fr. Sterzel. Leuthold. Franz Hermann. Herzfeld. P. Brühl. Ostkamp. H. Lippmann. Fiedler. Aug. Horn. Horn** (Sachsen). **Hammer. Wicky. Arthur Lindner. Aug. Kühn. C. Spelde. Wilh. Göst. Büchner. Schmidt. Ad. Riesberg. L. Sperling. A. Leopoldt. A. Albrecht. W. Albrecht. K. Reiwand. Pollender. G. Menzel. Plorin. Ryssel.**

Referent **E. Wurm:** Der Parteitag zu Leipzig und ebenso der vorjährige Parteitag in Chemnitz haben die Steuerfrage auf unsere Tagesordnung gesetzt. Hoffentlich gelangen wir heute zu einer Klärung der Frage; denn vor Bewilligung oder Ablehnung neuer Steuern werden wir noch oft stehen. Theoretisch ist unserer Entscheidung nach wenig vorgearbeitet. Unser Programm in der Steuerfrage ist nur eine bescheidene Erweiterung der Lehre, die Ferdinand Lassalle 1862 entwickelt hat. Kautsky in der „Agrarfrage" und Dr. Renner in seinen Steuerbroschüren haben einige theoretische Grundlegungen vorgenommen, aber erstere ist ziemlich unbekannt geblieben, und mit den Resultaten der letzteren können wir schwerlich ganz einverstanden sein. Daß wir auf diesem Gebiete bisher theoretisch noch so unfruchtbar waren, hat in den Verhältnissen seinen guten Grund; es gab nämlich im Reichstage bis vor kurzem keinen Kampf zwischen beweglichem (mobilem) und festem (immobilem) Kapital, zwischen Industriekapital und Grundbesitz. Erst seitdem die Sozialdemokratie zur ausschlaggebenden Macht heranwuchs, brach dieser Gegensatz aus, muß nun immer schärfer werden und uns vor immer neue Entscheidungen stellen.

Die Grunderkenntnis aller Steuerpolitik im Staate ist die Tatsache, daß der politisch Mächtige die Lasten dem politisch Schwächeren auferlegt. In der modernen Wirtschaftsweise kann die Steuer genommen werden entweder vom Konsumtionsfonds oder vom Akkumulationsfonds, entweder von den Summen, die Arbeiter oder Kapitalist zum Ausbau seines Betriebes, zur Vergrößerung seines Reichtums dienen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist bekanntlich eine Voraussetzung des Aufsteigens der Arbeiterklasse zur höheren Gesellschaftsform. Es ist deshalb nicht möglich, den Akkumulationsfonds einfach wegzusteuern: die Person des Kapitalisten ist schon längst überflüssig geworden, wie die Staatsunternehmungen und Aktiengesellschaften beweisen, aber der Akkumulationsfonds wird auch in einer sozialistischen Gesellschaft nicht beseitigt werden können, wie auch heute schon der Kapitalist nicht mehr unumschränkter Herr seines Mehrwertes ist. Welche praktische Bedeutung dieser Erwägung zukommt, werden wir später sehen.

Die Sozialdemokratie fordert

Verteilung der Steuern nach Gerechtigkeit,

nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit; das bedeutet, daß sie in erster Linie den Reichstum treffen will. Nun sagt allerdings Resolution 114, es sei eigentlich ganz gleich: der Arbeiter erzeuge doch allen Reichtum und trage deshalb letzten Endes doch alle Steuern. Wenn damit nur die alte Wahrheit verkündet werden soll, daß die Arbeit die Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums ist, so wird niemand dem widersprechen. Aber was hat das mit Steuertheorie zu tun? Erst nach der Teilung des gesellschaftlich erzeugten Arbeitsproduktes in Lohn und Mehrwert kommt ja die Steuer. Und da sollte es gleich sein, woher dann die Steuer genommen wird. Wäre das wahr, dann brauchten wir keinen Reichstag mehr, dann könnten wir diesen Parteitag schließen, dann brauchten wir auch keinen Wahlrechtskampf in Preußen mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Arbeiter so am Boden liegt, daß ihm der Unternehmer durch wirtschaftliche Uebermacht alles wieder abnehmen kann, was wir ihm politisch erobert, was hat dann der Arbeiterschutz für Sinn? Was hat dann unsere ganze Reformarbeit für Sinn? (Stürmischer Beifall.) Was sollen wir dann überhaupt noch? Dann können wir höchstens warten, bis wieder einmal der Zar nach Berlin kommt, und schreien — vielleicht hilft das den Arbeitern. (Heiterkeit.) Wer so denkt ist kein Sozialdemokrat. Wie Steuern zwischen Profit und Lohn abgewälzt und verteilt werden, das ist abhängig von allen politischen und wirtschaftlichen Faktoren, das Resultat oft sehr heftiger Kämpfe. In diesem ist natürlich die Tendenz des Kapitals, den Mehrwert ins Riesenhafte zu erhöhen und den Arbeitern womöglich gar nichts zu geben. Das liegt im Wesen aller Kapitalswirtschaft, das kennen wir aus der Geschichte des Kapitals. Aber gegen diese Ausbeutungstendenz des Kapitals erhebt sich die Gegentendenz der Sozialdemokratie, der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse. Und wer uns trotzdem erzählen will, daß der Arbeiter alle Steuern zu tragen hätte, der proklamiert einfach den Bankerott unserer Partei und unserer Politik. (Stürmische Zustimmung und Widerspruch.) Ich will Ihnen einen klassischen Zeugen anführen; er schreibt: „Das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus der indirekten Besteuerung läuft einfach darauf hinaus, daß ein Teil, und zwar der konsumierte Teil des Mehrwerts vergrößert wird, nur daß sich diese Vergrößerung nach vollzogener Teilung zwischen Kapital und Arbeit vollzieht." (Hört! Hört!) Das steht in dem Buche: Die Akkumulation des Kapitals von Rosa Luxemburg und jetzt steht der Name Rosa Luxemburg unter der Resolution 114. (Große Heiterkeit.) Genossin Zetkin hat uns einen Artikel von Karl Marx entgegen gehalten, der aus der Rheinischen Zeitung von 1849 stammt. (Zuruf: Das ist lange her!) Es heißt darin, die Steuerreform sei das Steckenpferd aller Bourgeoisreformer — die Lage der Arbeiter werde durch jede neue Steuer herabgedrückt. Vergessen hat Genossin Zetkin, daß Marx fortfährt: Uebrigens hat die Steuer auf das Kapital als einzige Steuer ihre Vorzüge; sie ist technisch am wenigsten störend und trifft von allen Steuern allein das Luxuskapital. So ganz gleich war also Marx die Steuerfrage auch nicht. Aber vor allem richtet sich der zitierte Artikel gegen einen bürgerlichen Sozialisten, der alles Elend der Arbeiter von den Steuern herleitete. Demgegenüber betonte Marx, daß keine Steuerreform etwas an der Tatsache ändert, daß der Arbeiter ausgebeutet wird. Das ist für jeden Sozialdemokraten selbstverständlich. (Sehr wahr!) Die Theorie, daß doch alles gleich sei, ist eigentlich eine alte Bourgeoistheorie. Ricardo hat sie in der Form vertreten, daß er meinte, man könne ruhig indirekte Steuern einführen, der Arbeiter wälze sie doch ab auf den Kapitalsfonds. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man um diese Abwälzung erst kämpfen muß, oder ob man davon schon frei ist und den Kampf führen kann für weitere neue Fortschritte. (Sehr gut!)

Wenn uns also nicht alle Steuern gleichgültig sind, so müssen wir uns die einzelnen Steuern ansehen. Nicht entscheidend ist die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern, diese Unterscheidung trifft nur die äußere Form. Die richtige Unterscheidung ist die, ob die Steuern vom Mehrwert kommen und die Produktion nicht hindern, oder doch. In diesem Sinne sind die besten Steuern Einkommen- und Vermögenssteuern stark progressiv und mit hohem Existenzminimum. Daran fehlt es noch sehr. In Rudolstadt gibt es überhaupt noch keines, in Mecklenburg ist es 200 Mark, in den besten Fällen 800 Mark. Dabei hat die preußische Regierung schon 1881 die Steuerfreiheitsgrenze auf 1200 Mark erhöhen wollen und 1500 Mark sind steuerfrei im Lohnbeschlagnahmegesetz. Aber selbst bei viel gerechterer Veranlagung, die Sache des Reiches sein sollte, würden Einkommens- und Vermögenssteuer nicht ausreichen. Darum brauchen wir als Ergänzungs- und Kontrollsteuer die Erbschaftssteuer. Auch die Vermögenszuwachssteuer ist nicht unbedingt zu verwerfen. Der Finanzminister Lentze hat diese Steuer zwar als eine Prämie auf Verschwendung und Leichtsinn bezeichnet. Aber ob eine Vermögenssteuer gut oder schlecht ist, ist mehr Sache der Bourgeoesie als unsere; uns kommt es nur darauf an, daß es eine Vermögenssteuer ist. Zweifelhaft ist der Wert der Wertzuwachssteuer. 86 deutsche Banken umfassen gegenwärtig 13 Milliarden Kapital; diese stehen hinter der Bodenspekulation, verschaffen ihr Monopole und ermöglichen die Abwälzung der Last auf die Mieter. Aber das ist lokal verschieden. Ob es so ist, wie ich oben als möglich darstellte, ist in jedem Falle genau zu untersuchen; es gibt für Steuerfragen in Reich, Staat und Gemeinde keine feste schematische Regel, sondern man muß den eigenen Verstand auch zu Hilfe nehmen. (Sehr wahr!) Besonders wichtig ist das bei den Ertragsteuern. Renner empfiehlt die Grundsteuer, die Lassalle noch lebhaft bekämpft hat. Lassalle hatte zu seiner Zeit Recht, aber heute kann der Grundbesitzer wegen einer Aenderung der Grundbesteuerung nicht den Getreidepreis verändern, der sowieso auf der Höhe von Weltmarktpreis plus Zoll steht. Ein weiterer Punkt, der zu beachten ist: nicht jede Steuer, deren Einführung die Konsumenten belastet, entlastet die Konsumenten, wenn sie aufgehoben wird. Sozialpolitik und Wohnungspolitik läßt sich durch Steuern nicht treiben. Auch die Sondergewerbesteuern versagen, wie die Warenhaussteuer gezeigt hat. Einmütig und geschlossen sind wir in der Ablehnung aller Verbrauchsabgaben, über deren volksschädigende Wirkung noch lange nicht genug Aufklärung verbreitet ist. Ein Irrtum ist es, daß wirtschaftlich und finanziell technisch indirekte Steuern nicht mehr möglich gewesen wären. Vergessen wir doch nicht, daß die Steuern

auf Alkohol und Tabak

in manchen anderen Ländern wesentlich höher sind, als bei uns. Neue indirekte Steuern waren nur deshalb nicht möglich, weil der Widerstand der Arbeiterklasse zu groß geworden war. In der liebenswürdigen Kritik meiner Leitsätze hat zwar ein Parteiblatt gemeint, es sei ein Armutszeugnis für einen ernsthaften Politiker, wenn er glaube, daß die Steuern abhingen von der politischen Macht. (Große Heiterkeit.) Aber ich tröste mich mit Lassalle, der das auch geglaubt hat. Mit Luxussteuern werden wir uns nach wie vor nicht befreunden können. Entweder sie bringen nichts, oder sie schädigen Arbeiter als Produzenten, oder sie rufen Repressalien des Auslandes hervor. Endlich sind Staatsmonopole unbedingt zu bekämpfen, wenn sie nur verkleidete Verbrauchsabgaben sind.

Neben diese wirtschaftlichen Erwägungen treten nun die politischen. Was wir prinzipiell fordern müssen, ist klar. Wir haben da unser Programm und die Bremer Resolution über Gemeindepolitik nur zu bestätigen. Dabei möchte ich bemerken, daß man sich über den

Gemeindesozialismus

keinen Illusionen hingeben soll. Die Gemeinde bleibt ein abhängiges Glied des Staatsorganismus, und auch in ihrer Steuerpolitik von diesem abhängig. Aber wir haben nicht nur zu sagen, was wir fordern, sondern auch Stellung zu nehmen zu dem, was wir erreichen können. Damit komme ich zu dem Teil meiner Resolution, den man mit allen Tadelsworten kritisiert hat, von schwammig und verschwommen angefangen bis zu „revisionistisch". (Heiterkeit.) Trotzdem muß ich an dem Unterschied zwischen dem Geforderten und dem Erreichbaren festhalten. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge, da herrscht der Streit und nur die Stärke siegt. Unsere Stärke ist leider noch begrenzt; gegen eine einheitliche Kapitalistenklasse würden wir überhaupt nichts erreichen. Glücklicherweise ist die Kapitalistenklasse wenigstens inbezug auf Verteilung des Mehrwert zerrissen, und im Kampf zwischen immobilem Kapital, Handelskapital und Industriekapital usw. müssen wir den Vorteil der Arbeiterklasse wahrnehmen. Freilich bleibt das immer nur eine Wahl zwischen mehr schlecht und minder schlecht. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir einfach bei Seite stehen und uns mit bloßen Protestaktionen begnügen.

Die ersten praktischen Entscheidungen in dieser Frage fielen bei der Budgetbewilligung in Süddeutschland. Damals hat die Partei wohlerwogen entschieden, daß wir in der Regel das Budget abzulehnen haben, daß wir uns aber nicht ausschalten lassen, nicht mit gebundenen Händen ausliefern (Sehr gut!), nicht einfach prügeln lassen, wo wir uns wehren können. (Lebhafter Beifall.) In der Wahl zwischen einem schlechten und einem besseren Budget dürfen wir das bessere annehmen. Genau so heißt es jetzt in meiner Resolution, daß wir in der Regel direkte Reichssteuern abzulehnen haben. Es sei denn, daß dadurch die Annahme des bekämpften Gesetzes nicht behindert wird und die Ablehnung nur noch schlechtere Steuern zur Folge hätte. Die Väter der Resolution 114 wollen auch direkte Steuern grundsätzlich mit Rücksicht auf den Verwendungszweck bekämpfen. Nun wissen wir, daß jede Militärvorlage in Deutschland gegenwärtig angenommen ist, noch ehe sie eingebracht ist. (Sehr wahr!) Sie ist also Gesetz. Jetzt fragt sich, wer bezahlt? Sollen wir uns nun hinstellen und schimpfen: Es ist meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Hände erfriere, warum kauft er mir keine Handschuhe! (Große Heiterkeit und Beifall!) Wir müssen auch jetzt die Arbeiter vor Schaden bewahren, soweit uns das möglich ist. Wenn im Wahren Jacob steht, der Wehrbeitrag werde von den Arbeitern doch wieder herausgepreßt, ist das ein schlechter Witz. Wenn es aber hier in der Resolution 114 steht, ist es eine geniale neue Theorie; uns erscheint es freilich nur als eine Riesendummheit. (Sehr gut!) In demselben Artikel der Leipziger Volkszeitung schreibt Genossin Luxemburg: neue indirekte Steuern seien unmöglich gewesen, aber die angenommenen Steuern würden nur neuen indirekten Steuern Vorschub leisten. (Zuruf: Höherer Blödsinn!) Ich war dafür, daß wir den Wehrbeitrag ablehnen, weil er auch ohne uns angenommen worden wäre. Wer aber der Meinung war, daß wir durch seine Ablehnung oder durch Ablehnung der Besitzsteuern schlechtere volksbelastende Steuern heraufbeschwören würden, der mußte für die Annahme eintreten, und da das die Mehrheit tat, hatte die Minderheit sich zu fügen. (Sehr gut!) Jedenfalls kam nicht unsere taktische Erwägung gegenüber den Steuern in Frage. (Sehr wahr!) Gegenüber den

militaristischen Räubern waren wir in Notwehr

und haben diese Räuber selber niedergeschlagen. Haben wir denn nicht für den 3,50 Mark-Zoll in den Caprivischen Handelsverträgen gestimmt? (Sehr gut!) Ist nicht schon auf dem Leipziger Parteitag erklärt worden, daß wir für direkte Steuern stimmen müssen, wenn wir dadurch indirekte abwenden können, und zwar durch Fritz Geyer? (Heiterkeit!) Hat nicht Geyer im Reichstage erklärt: Wir werden alles tun, um das kleinere Uebel an die Stelle des größeren zu setzen? (Hört! Hört! und große Heiterkeit.) Selbstverständlich haben wir unsere Taktik nach dem Verhalten der Gegner zu richten. Ist die Annahme direkter Steuern auch ohne uns sicher, können wir dagegen stimmen. Aber wir dürfen nicht dabei stehen, wie die dummen Jungen und zusehen, wie die bürgerlichen Parteien die Lasten verteilen. (Sehr gut!) Wir haben am 14. Februar 1912 alle 110 im Reichstag den Antrag eingebracht, die Streichholzsteuer, Kaffeesteuer usw. durch direkte Reichssteuern zu ersetzen. (Ledebour ruft: Selbstverständlich!) Ja, aber wie steht es denn da mit dem Verwendungszweck? (Sehr gut!) Neun Zehntel allen Reichsgeldes werden ja doch für militärische Zwecke verwendet. Aber daran dürfen wir uns eben nicht stoßen. Der Verwendungszweck ist eine abgeschlossene Sache, und die Steuerfrage ist eine andere abgeschlossene Sache. Das verkennt die Resolution 114 vollständig. Sie, wie andere Zusatzanträge, würden es uns direkt unmöglich machen, für den Ersatz bestehender indirekter Steuern für direkte einzutreten. Es ist nicht erfreulich, wenn in so ernsten Fragen so leichtfertig Anträge fabriziert werden. Die Resolutionsfabrik sollte sorgfältiger arbeiten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen, daß die Sozialdemokratie wie bisher alles aufbietet, um die Arbeiterklasse gegen Ausbeutung zu schützen, alles tut, um die Arbeiterklasse vor Verelendung zu bewahren und ihre Kampffähigkeit zu erhöhen, und bitten Sie in diesem Sinne um Annahme meiner Resolution. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die weitere Behandlung der Steuerfrage wird auf Freitag vertagt.

Kranken-Wäsche

wird vollkommen rein, von Blut, Eiter und sonstigen Flecken befreit und gründlich desinfiziert durch

Persil das selbsttätige Waschmittel

Besitzt stark desinfizierende Wirkung selbst bei niedrigen Temperaturen von 30—40° C. und macht die Wäsche keimfrei.

Gefahrlos in der Anwendung und garantiert unschädlich.

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

Kredit nach jedem Ort.

B. FEDER
Danzigs bedeutendstes KreditHaus.

Danzig, Holzmarkt 27-28.

Wohnungs-Einrichtungen.

Wochenrate nur 2.50 Mk.
1 Sofa, 1 Tisch
4 Stühle, 1 Vertiko
1 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 2 Betten
1 Waschkommode
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Küchenstühle
1 Eimerspind
Gardinenstangen
Rosetten
Konsole
Kohlenkasten
Gratis: 1 Teppich.

Wochenrate nur 3.50 Mk.
1 Kleiderschrank
1 Vertiko, Spiegelspind, großer Spiegel
Sofa, Ausziehtisch
2 komplette Betten
4 Stühle, 2 Säulen
1 Teppich, 2 Bilder
Küchentisch, 2 Stühle
Küchenrahmen.
Küchenbölett, 1 Eimerschrank, Gardinenstangen, Rosetten
Konsole
Gratis: Portiere.

Brautleuten Extra-Rabatt.

Feinste Referenzen aus weiten Kreisen.

B. FEDER
Meistbegehrtestes Kreditthaus Danzigs.

Strengste Diskretion Geschäftsprinzip.

Polstermöbel nur bester Qualität.

Garnituren
Sofa und 2 Sessel
Tuch oder Plüsch
Anzahlung **10** Mk.

Chaiselongues
Anzahlung **5** Mk.

Schlafsofa
Anzahlung **5** Mk.

Herrensofa
Anzahlung **5** Mk.

Umbausofa von **100** Mk.

Paneelsofa von **100** Mk.

Taschensofa von **80** Mk.

Schlafdivan von **60** Mk.

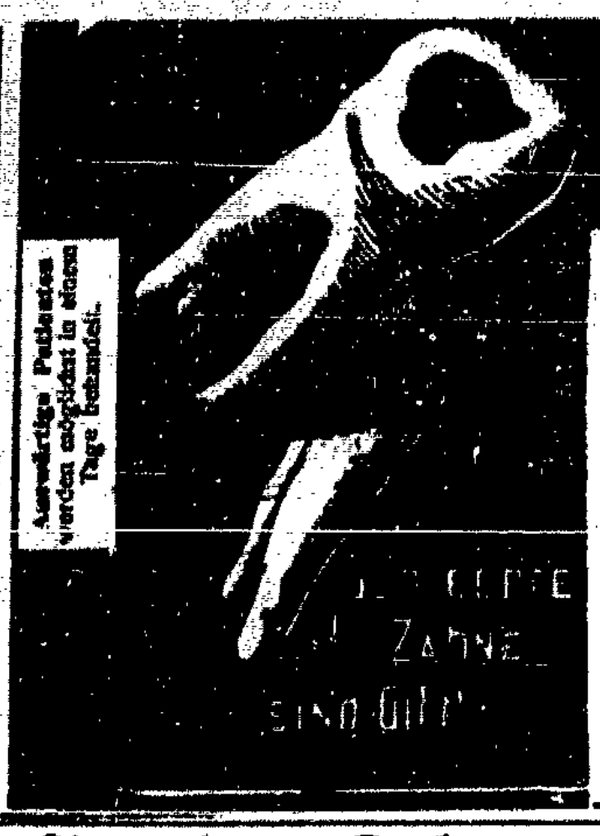
Alle Artikel in großer, moderner Auswahl.

Läger in 3 Häusern mit 9 umfangreichen Lageretagen.

Ausstellung jetzt bedeutend vergrößert.

B. FEDER
Kreditzentrale Westpreußens.

Besichtigung ohne Kaufzwang.



1.00 Zähne 1.80

Auswärtige Patienten werden entgegen in einem Tage bedient.

Für 1,80 liefere ich Zähne, welche verschiedentlich mit 3 Mark und mehr bezahlt werden müssen ohne Extraberechnung der Kautschukplatte, und gebe ich trotz der **billigen Preise 10 Jahre schriftliche Garantie für Haltbarkeit.**

Alleinanfertigung für Danzig.

Patent-
„Reform"- **Gebiss**
ohne Platte

Nach Aussagen und Anerkennungsschreiben meiner Patienten
Zahnziehen fast schmerzlos à 1 Mark.
Plomben an 2 Mark, **Reparaturen** an 1 Mark.

„Institut für Zahnleidende"
Danzig, Pfefferstadt 71, I., 2 Minuten vom Hauptbahnhof.
Sprechzeit: von 8–8 Uhr. Telephon 2621. **Sonntags** von 9–2 Uhr.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen das Zahnziehen kostenlos.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 30. September 1913, abends 7½ Uhr.

Die Präsidentin.

Schwank in drei Akten von Maurice Hennequin und Pierre Veber.

Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7½ Uhr. **Eröffnung der Opern-Saison. Tannhäuser** von Richard Wagner.

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr. **Mein alter Herr.** Lustspiel in drei Akten von Franz Arnold und Viktor Arnold.

Freitag, den 3. Oktober, abends 7½ Uhr. **Die lustigen Weiber von Windsor.** Komische Oper in drei Akten von Nicolai.

Sonnabend, den 4. Oktober, abends 7½ Uhr. Bei ermäßigten Preisen. **Die versunkene Glocke.** Märchendrama in fünf Akten von Gerhart Hauptmann.

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Bekanntmachung.

Nach dem Ortsstatut vom 21. Juni 1912 sind die im Gemeindebezirk der Stadt Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigten **männlichen Lehrlinge unter 18 Jahren** verpflichtet, die hier unter dem Namen **„Städtische Handels- und Gewerbeschule"** bestehende öffentliche Fortbildungsschule an den vom Magistrat festgesetzten Tagen und Stunden drei Jahre lang zu besuchen. Hat ein Lehrling in dieser Zeit das Ziel der Fortbildungsschule nicht erreicht, so bleibt er bis zu dessen Erreichung, jedoch höchstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zum Schulbesuch verpflichtet.

Alle übrigen männlichen Personen, die in Danzig in Handel und Gewerbe beschäftigt werden, sind bis zum vollendeten 17. Lebensjahre zum Besuch der städtischen Handels- und Gewerbeschule verpflichtet.

Die Gewerbeunternehmer haben jede von ihnen beschäftigte fortbildungsschulpflichtige Person spätestens am 6. Tage, nachdem sie dieselbe angenommen haben, zum Eintritt in die Schule anzumelden. Zuwiderhandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Anmeldungen werden an den Werktagen vormittags von 10—12 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr im Geschäftszimmer der Schule, an der großen Mühle 11/13, entgegengenommen. Der Stundenplan kann dort eingesehen werden. Der Unterricht im Winterhalbjahr 1913/14 beginnt am 9. Oktober.

Danzig, den 18. September 1913.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Danziger Niederung für die nächsten 4 Jahre findet am Sonntag, den 9. November cr., von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt, und zwar:

1. **für den Teil des Kreises bis zum Weichseldurchstich in Danzig im Kreishaussaal, Sandgrube 24, 1;**
2. **für den Teil des Kreises östlich des Durchstichs in Stutthof im Saale des Gastwirts Klaaßen.**

Es sind zu wählen:

a) von den beteiligten **volljährigen Arbeitgebern 10 Vertreter und 10 Ersatzmänner;**
b) von den beteiligten **volljährigen Versicherten 20 Vertreter und 20 Ersatzmänner.**

Von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Versicherungsamtes ist für die Arbeitgeber und die Versicherten je ein Wahlvorschlag aufgestellt, die im Bureau des Versicherungsamtes (Kreishaus, Sandgrube 24, Zimmer 4) eingesehen werden können.

Die Wahlberechtigten fordere ich hierdurch auf, weitere Wahlvorschläge einzureichen und weise ich darauf hin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens vier Wochen vor dem Wahltage, mithin **bis zum 11. Oktober d. J., abends,** bei mir eingereicht werden und daß die Stimmabgabe an diese Wahlvorschläge gebunden ist.

Der Vorsitzende des Königl. Versicherungsamts des Kreises Danziger Niederung.
Brandt, Landrat.

Huthaus London
nur 2. Damm 10
Hüte, Mützen, Stöcke
Krawatten :: Wäsche
Filzschuhe, Gummibots
Alles in riesiger Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Für den Winter
empfiehlt äußerst **billig**
Ulster, Paletots, Joppen
sowie **sämtliche Herren- und Knaben-Bekleidung**
Philipp Schwersenz
Langfuhr, Hauptstrasse 40 a.

Wilhelm Zamory
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. **Danzig, Tischlergasse 47.** Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Möbliertes Zimmer billig z. verm., daselbst ein Grammophon mit 16 Platten zu verkaufen. Stadtgeb., Wurstmachergasse 15–16, 2 Tr.

Möbel aller Art.
Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchenmöbel, Sofas und **Garnituren, Teppiche** sowie alle **Polstermöbel,** finden Sie in großer Auswahl bei
A. Huse, Fleischergasse 77.

Ausgekämmte Haare kauft Karthäuserstraße Nr. 99.

Junger Mann findet saubere Schlafstelle. Hakelwerk 3/4, 3 Tr., r.

Friseur F. Aßmann, Heubude, Dammstr. 24

Vorwärts Bibliothek
Jeder gut gebundene Band 1 Mk.

In den Tod getrieben.
Zwei Erzählungen von Ernst Preczang.
In der ersten Erzählung „Jantje Potters" — ists ein Fischer, der sich mit seiner arbeitsamen Frau gegen eine völlige Proletarisierung und Verarmung wehrt, aber immer weiter hinabgestoßen wird u. schließlich seinem zerschellten Boot in die Tiefe folgt. — Die zweite Erzählung — „Im Moor" — zeichnet den Kampf einer Witwe gegen einen Amtsvorsteher, der ein alter Feind ihrer Familie ist und seinen Sohn hindert, die verführte Tochter der Witwe zu heiraten. Die alte Frau wird ebenfalls, nachdem sie sich hart gerächt, in den Tod getrieben, weil höher als Ehre und Pflicht die Standesrücksichten gewertet wurden. Natur- und Menschenschilderungen von Moor und Meer geben den beiden Erzählungen ihr besonderes Kolorit.

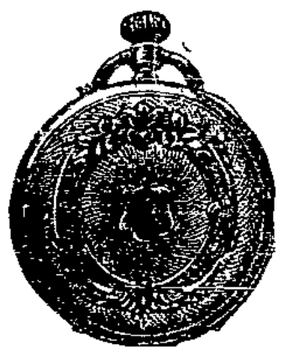
Der Pariser Garten.
Die Erzählungen der jüngst verstorbenen Autorin sind in den Kreisen des Volkes stets gern gelesen worden. Der vorliegende Band wird daher breiten Schichten willkommen sein.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Friseur A. Müller, Schüsseldamm 30.

Komm zu mir! Ich borge Dir!

Rob. Schultz, Danzig Schüsseldamm Nr. 56, I Tr.
Filialleiter der Firma
Jonass & Co. G. m. b. H. **Berlin**
Gegründet 1889
Großes Lager von Geschenkartikeln
Musikinstrumente jeder Art, Sprechmaschinen, photograph. Apparate, Haarschneide-Maschinen, Rasierapparate und Messer.
100 000 Kunden.
Uhren, Gold- u. Silberwaren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung, Monatsraten von 2.00 Mark an.
Bei Barzahlung 10 % Rabatt. — Kein Laden. — I. Etage.



Verantwortlich für den redaktionellen Teil Gustav Schröder, für den Inseratenteil Paul Beneke. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von C. Langowski, sämtliche in Danzig.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 80. | Danzig, den 1. Oktober 1913. | 4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der Skandal der Wahl zur Ortskrankenkasse.

Die am 28. September ausgeführte Wahl — wenigstens nennt die amtliche Bezeichnung es so — zum Ausschuß der Ortskrankenkasse wird ein für Danzig denkwürdiges Ereignis bleiben. Hoffentlich vergißt der Magistrat nicht, ihm in der seinen Jahresberichten angefügten Chronik den Ehrenplatz einzuräumen. Die Wahl wurde einfach zu einem glatten Bankerott der kommunalen Bureaukratie. Wie man sich in den Kreisen des Magistrats die Wahl vorgestellt hat, mögen die Götter wissen. Hätte man sie absichtlich gegen die Arbeiter arrangieren wollen, so hätte es nicht anders geschehen können. Uns liegen in dieser Hinsicht bestimmte Vorwürfe fern. Tatsache aber ist, daß sich der für die Einrichtung der Wahl in erster Linie verantwortliche Stadtrat Trop stark als Förderer bürgerlicher Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie fühlt. Sogar in seiner amtlichen Tätigkeit bekämpft er offiziell die Volksfürsorge als — sozialdemokratisch! Schon bei der Gestaltung des Statuts der Ortskrankenkasse wurde die politische Neutralität eigenartig gewahrt. Um die böse Volkswacht, das Blatt der organisierten Arbeiterschaft, als Publikationsorgan ganz sicher auszuschließen, wurde vorgeschrieben, daß nur Tageszeitungen zu Bekanntmachungen benützt werden dürfen. Dabei ist schon vorgesehen, daß der Ausschuß die Publikationsorgane zu bestimmen hat. Um aber auch einen unbotmäßigen Ausschuß zu binden, schränkte man das Recht der Auswahl auf die Tageszeitungen ein.

Allerdings schien es, als ob ein hoher Magistrat und sein Versicherungsamt endlich doch die politische Neutralität betätigen wollte, die der Oberbürgermeister so klangvoll verkündete. Man hat tatsächlich — und das alte Danzig steht trotzdem noch immer — sozialdemokratische Arbeiter in Wahlvorstände berufen. Man setzte sie jedoch fürsorglich fast ausschließlich in die Wahlvorstände, die die Wahlen der Arbeitgeber zu leiten hatten. Die Wahlen der Versicherten überließ man den Bürgerlichen und die haben, besonders in der Schule Schwarzes Meer und in der am Barbara-Kirchhof, geradezu wunderbares geleistet. Das waren vielverheißende Vorspiele für die praktische Arbeit, die von der Unfehlbarkeit der Bürgerlichen in der Ortskrankenkasse zu erwarten ist. Erst als gegen Abend die Wahldispositionen vollständig zusammengebrochen waren und heilloser Wirrwarr herrschte, wußte man in fast allen Wahllokalen die führenden Partei- und Gewerkschaftsgenossen zu finden, um mit ihrer Hilfe die Empörung der Wähler zu dämpfen und den rettenden Ausweg zu suchen. Und in dieser Situation haben unsere Genossen, unterstützt durch das Vertrauen der Wähler, Proben ihres Könnens gegeben, auf die sie mit Genugtuung blicken können. Als, von den Christlichen schon gar nicht zu reden, niemand, selbst die Polizei nicht, ein und aus wußte, bewährte sich die praktische Tüchtigkeit der als Umstürzler verschrienen Sozialdemokraten. Das muß im Rathause, wo er diese Vorgänge persönlich kontrollierte, dem Stadtrat Toop besonders schmerzlich gewesen sein. Gerade ihn aber in dieser Weise widerlegt zu haben, freut uns besonders!

Unverständlich ist, daß man den Wählern wieder die Wahl am Sonntag unmöglich gemacht hat. Sogar im Landkreise Danzig-Niederung findet die Wahl an einem Sonntage statt. In der liberalen Großstadt hielt man sich zu dieser Rücksicht auf die abhängigen Wähler nicht für verpflichtet. Mit der Verweigerung der Sonntagswahl war die große Mehrheit der Wähler auf die kurze Zeit von Arbeitsschluß bis 8 Uhr abends zur Ausübung des Wahlrechts angewiesen. Trotzdem hatte das Versicherungsamt das Kunststück fertig bekommen, für die ganze innere Stadt nur ein einziges Wahllokal zu bestimmen und dazu noch das Rathaus zu nehmen. Das wagte man, obwohl man genau wußte, daß zirka 7500 Wahlberechtigte in die Wählerlisten eingetragen waren. Dazu mußte man genau, daß eine größere Anzahl Wähler erst am Wahltage die Eintragung veranlassen würde, was sehr zeitraubend war und besondere Vorkehrungen forderte. Hierauf war aber nicht die geringste Rücksicht genommen. Auch über das Interesse der Wahlberechtigten an der Wahl scheint man sich völlig getäuscht zu haben. Unser Kampf gegen die Lügenhetze der schwarzen Denunzianten hätte denen, welchen die Arrangierung der Wahl oblag, allein schon zeigen müssen, daß die Arbeiter ihre Rechte nicht gutwillig den schlimmsten Feinden ihrer Klasseninteressen überlassen würden. Trotz alledem wurde die Wahl geradezu zu einer Wahlentrechtung gemacht. Schon am frühen Nachmittag mußte man selbst im Rathause mindestens ¾ Stunden im Gedränge stehen, um wählen zu können. Gegen Abend wurde der Kampf um die Abgabe der Stimme geradezu fürchterlich. Im Rathause gab es nicht einmal gesonderte Zu- und Ausgänge, so daß die Wähler in der Falle steckten. Es ist kein Wunder, wenn angesichts dieser Zustände, die sich in den anderen Lokalen wiederholten, die Empörung der Wähler sich gelegentlich auch drastisch Luft machte. Im allgemeinen haben sie all das Ungemach, das ihnen auferlegt wurde, noch mit gutem Humor ertragen. Das hebt sogar die Danziger Neueste Nachrichten hervor. Anders natürlich das gewerbsmäßige Schwindelblatt „Westpreußisches Volksblatt". Das schwarze Reptil will solche „Roheit von Männern gegen Frauen" gesehen haben, daß es „schon im Interesse von Sitte und Anstand" getrennte Wahllokale für Männer und Frauen fordert. Dazu besitzt das Jesuitenpapier die Schamlosigkeit, die Sozialdemokraten für die behaupteten Ausfälle verantwortlich zu machen. Mit frecher Stirn wagt es, ohne zu erröten, die Behauptung, daß „die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer es nicht für notwendig hielten, ihre Mitglieder zur Ruhe und zum anständigen Verhalten gegenüber den Frauen zu ermahnen." Die Schwarzen müssen schon sehr viel auf dem Kerbholz haben, wenn sie solche infame Denunziation erfinden müssen. Wir verstehen das schon wegen der Art, in der an diesem Tage der „Soziale Ausschuß" der Zentrumsschwarzen und der bürgerlichen Frauenvereine, die gegen die Partei der Frauen- und Arbeiterinnenrechte mobil gemacht hatten, ihre Sache zu retten suchten. Die Verkäuferinnen mußten nach Geschäften unter bestimmter Führung antreten und durften gar nicht mehr wagen, im Wahllokale noch einen Stimmzettel anzunehmen. Noch häufiger war die Wahl nur eine — sehr höflich gesagt — Abstimmungspflicht für die Dienstboten. Die Herrschaften hatten ihren Hausklaven weitherzig die Zeit zur Wahl gelassen. Und man wußte genug von der Gerechtigkeit der „christlichen" Sache, für die diese armen Proletarierinnen eintreten mußten, wenn man sah, wie sie ihren mitgebrachten Stimmzettel krampfhaft festhielten und keinen anderen zu nehmen und sich häufig nicht einmal umzusehen wagten. Ganz Naive erklärten sogar rund heraus, daß sie Liste 4 wählen müßten! Dazu kam ein Auftreten der Leiterinnen, besonders des Rohdeschen Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte und mancher christlicher Zettelverteiler, das jeder Beschreibung spottete. Die Geschäftsführerin des Rhodeschen Vereins, Adelheid Mohn, kontrollierte im Hausflur des Rathauses unter Assistenz der Christenführer Beuster und Kusch jede Wählerin, indem sie sich die Stimmzettel zeigen ließ, darauf, ob sie auch den richtigen der Liste 4 hatte. Einer Genossin machte sie Vorwürfe, wie sie die Liste 3 wählen könne: sie sehe doch gut bürgerlich aus. Dieselbe Dame leistete sich dann aber ein starkes Stück Denunziation. Die Genossin Leu wies einigen Heimarbeiterinnen auf ihre Bitte den Tisch, auf dem die Wahlkuverts lagen und sagte ihnen, was sie zu tun hatten. Deshalb lief die Mohn schon zum Wahlvorsteher und behauptete, daß unsere Genossin im Wahllokale Stimmzettel verteilt hätte. Der unparteiische Herr war auch sofort bereit, die Genossin herauszuweisen. Natürlich mußte sich der vorlaute Herr eine wirksame Zurechtweisung gefallen lassen. Als die Mohn nun den Beweis für ihre Denunziation liefern sollte, kniff sie feige und verschanzte sich hinter die mutige Ausrede, daß der Wahlvorsteher die Ausweisung ausgesprochen habe. In ähnlicher Weise glaubten auch Anhängerinnen der Mohn ihren vornehmen Kampf gegen die Sozialdemokratie führen zu müssen. Ein noch ziemlich junges Mädchen wagte sogar die Arbeiter zu fragen, wie sie wählen würden! Eine andere Vertreterin gab ihre schwarzen Zettel mit der Behauptung fort, daß es solche der Liste 3 seien. Als dieser Betrug herauskam, sagte ihr ein Arbeiter in ehrlicher Empörung auf den Kopf zu, daß sie eine Schwindlerin sei. Von dem vornehmen Ton, den das schwarze Blatt im Verkehr mit den Frauen wünscht, gab der Zentrumsagitator Kusch, vom schwarzen Holzarbeiterverbande, eine schöne Probe, als er einer Genossin zur Erwiderung auf einen harmlosen Scherz Frechheit vorwarf.

Im Rathause war die Wahlleitung von unseren Genossen schon Vormittag gedrängt, die Wahlgelegenheit zu vermehren. Man hörte jedoch nicht eher darauf, bis unter dem Andrang der Wähler die bis dahin mühsam erhaltene Regelung zusammenbrach. Gegen 5 Uhr wurde im Magistratssitzungssaal ein zweites Wahlbureau eingerichtet. Vor 6 Uhr mußte in der Sommerratsstube noch eins und um ½8 Uhr noch ein viertes in einem anderen Zimmer etabliert werden. Die neuen Wahlvorstände wurden fast ausschließlich mit Sozialdemokraten besetzt. Unsere Genossen folgten nur dringender Aufforderung, arbeiteten dann aber umsichtig zu aller Zufriedenheit. Ein besonders sozialdemokratisches Eingreifen machte sich in dem zuletzt eingerichteten Wahllokal notwendig. Unter dem Andrang der Wähler vor dem Tisch, der schlecht plaziert in Dunkeln stand, weil sogar die besondere Beleuchtung fehlte, an die Wand gedrückt. Der Wahlvorstand konnte unmöglich funktionieren. Die Wähler glaubten, daß ihnen die Abstimmung verweigert werden sollte. Ansprachen halfen nichts. Selbst der anwesende Polizeikommissar konnte sich nicht verständlich machen. Seine Autorität versagte vollständig. Schließlich schlug er selbst vor, daß der hinzugekommene Genosse Bartel zu den Wählern sprechen sollte. Vereinsgesetzliche Schwierigkeiten waren nun ja nicht zu befürchten und so bestieg denn Bartel einen sonst hoch respektierten grünen Tisch und hielt bereitwillig auf polizeiliche Aufforderung seine erste Rede im Rathause. Die große Mehrheit der Wähler machte gern für ihn Platz. Sie hörten seine Ermahnungen sehr ruhig. Nur einige Christlichen mußten auch hier ihre höhere Kultur beweisen. Durch echt christlich-geschmackvolle Zurufe suchten sie Bartel zu stören. Dieser ließ sich aber dadurch nicht hindern und stellte schließlich durch eine Abstimmung fest, daß die überwältigende Mehrheit in freiwilliger Disziplin die Abwicklung der Wahl erleichtern wollte. Nun konnte die Abstimmung vor sich gehen. Man vergleiche mit diesen Tatsachen die schäbigen Denunziationen des schwarzen Blattes, die nur der Aerger über die uneigennützige Mitwirkung unserer Genossen diktiert hat. Trotz alledem mußten aber im Rathause, wo bis 9 Uhr gewählt wurde, wie auch in anderen Lokalen, Hunderte von Wählern notgedrungen auf die Abgabe der Stimme verzichten. In Langfuhr wurde bis ¾10 Uhr gewählt. Das Gedränge war dort so stark, daß Wähler Schlipse usw. einbüßten. Uebrigens blieben auch im Rathause, abgesehen von zerbrochenen Tischen usw., ähnliche Trophäen auf dem Schlachtfelde. In Schidlitz hatte man nicht einmal die Schulbänke aus dem einzigen zur Wahl genommenen Klassenzimmer entfernt. Auch hier bedurfte es der Einwirkung unserer Genossen, um die Ordnung zu stützen.

Wie manche Wahlvorstände ihr Amt auffaßten, das war in der Schule am Barbarakirchhof lehrreich zu betrachten. Wahlvor-

Kleines Feuilleton.

Das Laub fällt von den Bäumen...

Ein wehmütiger Zug geht durch Feld und Flur und zieht auch die Menschen in seinen Bann. Ein großer Aenderungsprozeß vollzieht sich in der ganzen Natur, die Sonne zieht immer kleinere Kreise, immer weiter zieht sie sich nach Süden zurück, immer weniger spendet sie ihren irdischen Schützlingen von dem ihnen unentbehrlichen Licht. Immer kürzer werden die Tage, und immer länger die Nächte. Hand in Hand geht damit eine allmähliche Abkühlung der Erdoberfläche und der unteren Luftschichten. Die Pflanzen, die ein bedeutend stärker ausgeprägtes Lichtempfinden besitzen wie die Tiere, verspüren gar bald die abnehmende Lichtstärke und beginnen schnellstens mit dem Laubabwerfen, um sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Zugvögel ordnen sich zu großen Scharen, um gemeinsam den Weg nach dem Süden anzutreten. Man beobachtet jetzt immer häufiger die großen Volksversammlungen der Wandervögel, namentlich der Stare, in denen Rats gepflogen wird, wie man am besten die beschwerliche Südreise zurücklegen kann und wie man am besten den drohenden Gefahren entgeht. Das Brutgeschäft ist erledigt, die Jungen haben ihren Unterricht bekommen und trainieren nur noch fleißig für die große Reise.

Eine Wanderung durch die mit Herbststimmung gesättigte Natur stimmt melancholisch, wird man doch auf Schritt und Tritt an das Vergängliche alles Vorhandenen erinnert.

Im Walde raschelt das Laub, es weht der Wind, im Felde knallt die Büchse des Jägers in die Rebhühnervölker, die über die abgeernteten Felder streichen. Hasen hoppeln über das Stoppelfeld und suchen in eiliger Flucht ihr armseliges Leben in Sicherheit zu bringen; wie lange noch, dann wird auch ihnen das Pulver auf dem Pelz brennen.

Eine große Stille, eine wohltuende Ruhe liegt über dem Ganzen, der Blick wird freier, weiter, die Luft klarer. In dem goldenen Sonnenschein des Herbstnachmittags ziehen die Fäden des Altweibersommers langsam dahin. Von Ferne grüßt ein Kirchturm freundlich herüber, umflutet vom Sonnenlicht, umkreist von Schwalben, die in der hellen Luft ihre schmalen Körper im blitzschnellen Fluge baden. Ein poetisches, stimmungsvolles Bild, das uns die Natur bietet, und von dem wir uns kaum losreißen können.

Langsam steigt die Sonne von ihrer Mittagshöhe hernieder, tiefer und immer tiefer, um endlich blutrot hinter den Bergen unterzutauchen. Kühler streicht der Wind über das freie Feld, unwillkürlich ziehen wir frösteind unsere Kleider enger an uns und eilen beschleunigten Schrittes unserem Heim zu. — — — Es herbstelt! — — —

In der Tiefe des Vesuvkraters.

Professor Alessandro Malladra, der, begleitet von den Münchener Gelehrten Professor Max Storz und Paul Jacobi, am 9. September in die Tiefe des Vesuvkraters gestiegen war, machte einem Journalisten über diese interessante Annäherung an die Ausbruchsteilen des Vulkans ziemlich ausführliche Mitteilungen. Professor Malladra wollte vor allem die Veränderungen beobachten, die durch die Einsenkung des Kratergrundes am 10. Mai hervorgerufen worden waren. Der Abstieg erfolgte von der Südostwand des Kraters, die von mächtigen Lavastufen gebildet wird und einer Riesentreppe vergleichbar ist. Nach einer fast zweistündigen Kletterarbeit wurde die dreihundert Meter unter dem Kraterrand liegende Plattform erreicht, in die der erwähnte Einsturz eine Oeffnung von ungefähr hundertsechzig Meter Durchmesser und siebzig Meter Tiefe gerissen hatte. In eben diesen Trichter kletterten die wagemutigen Männer hinunter und langten endlich unten an. Hier hielten sie sich eine Stunde lang auf und konnten so alle Einzelheiten des Kratergrundes studieren und photographieren. Sie fanden die Kraterwände mit tropfsteinartigen Lavagebilden bedeckt, zwischen denen die Fugen mit Steinchen und Schlacken ausgefüllt waren. Die Temperatur war sehr hoch, konnte aber nicht gemessen werden, da die Gelehrten kein Mittel fanden, um das Thermometer in die Krateröffnung zu versenken und wieder zurückzuziehen. Die Atmung am Grunde des Trichters war infolge der ausströmenden sauren Dämpfe ungemein schwierig. Dabei mußte natürlich jeden Augenblick mit der Möglichkeit einer neuen Senkung gerechnet werden, welche die kühnen Forscher in einem feurigen Grabe begraben hätte. Aber der Vesuv war gnädig und gestattete den neugierigen Menschlein, die sich in seine Eingeweide so weit vorgewagt hatten, die Wiederkehr. Und acht Stunden nach Beginn der gefährlichen Reise gegen den Mittelpunkt der Erde zu standen die drei Männer wieder am Rande des Kraters und konnten sich der Höchstleistung rühmen, 370 Meter tief in den Krater eines tätigen Vulkans eingedrungen zu sein.

Nah und Fern.

123 Jahre Zuchthaus. Zu insgesamt 123 Jahren 7 Monaten und 2 Tagen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen ist der angebliche Schauspieler Stanislaus Weyreuther von den verschiedenen Gerichten in Deutschland verurteilt worden. Dieser Angeklagte, der wohl den „Rekord" in der Verurteilung zu Einzelstrafen geschlagen haben dürfte, wurde aus dem Zuchthause in Lüneburg der 3. Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. — Der jetzt dreißigjährige Angeklagte hat schon eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich. Er stammt aus guter Familie, hat die höhere Schule besucht und sollte Kaufmann werden. In seiner Lehrstelle brannte er mit der Portokasse durch, wurde bestraft und dann von seinen Eltern zu einem Schneidermeister in die Lehre gebracht. Er machte auch hier alle möglichen dummen Streiche und kam mehrmals mit dem Strafgesetz in Konflikt. Schließlich wurde er nach seiner Angabe Schauspieler, hat aber weniger die Bretter, „die die Welt bedeuten", als wie die Bretter in den Zellen verschiedener Gefängnisse und Zuchthäuser betreten. Seit einigen Jahren hat der Angeklagte folgenden Lebenslauf zu verzeichnen: Er verübte mehrere Straftaten, wurde abgefaßt und eingesperrt, um aber bald wieder aus dem Gefängnis auszubrechen. Er beging dann von neuem Straftaten und wurde wiederum verurteilt. Bei der ersten besten passenden Gelegenheit gelang es ihm wieder auszubrechen. Dieses Hin- und Herpendeln zwischen den Gefängnissen und einigen Tagen Freiheit dauerte längere Zeit. Er wurde von den Gerichten in den verschiedensten Gegenden Deutschlands verurteilt, und zwar erreichten die gegen ihn erkannten Einzelstrafen nach und nach die Höhe von 123 Jahren 7 Monaten und 2 Tagen. Diese Strafen sind schon längst auf das gesetzliche Minimum von 15 Jahren Zuchthaus zurückgeführt worden, so daß der Angeklagte, wenn es ihm gelingt wieder auszubrechen und neue Straftaten zu begehen, wegen dieser nur auf dem Papier bestraft werden kann. Da der Angeklagte dies weiß, richtet er an die verschiedenen Gerichte Selbstanzeigen, die natürlich nachgeprüft werden müssen. Hierdurch bringt W. etwas Abwechselung in die Eintönigkeit des Zuchthauslebens, da er vorgeführt werden muß. Nach seiner eigenen Angabe müßte die Gesamthöhe der gegen ihn erkannten Strafen über 200 Jahre ausmachen, wenn er wegen der sämtlichen von ihm verübten Straftaten verurteilt werden würde.

In der jetzt zur Anklage stehenden Sache hatte der Angeklagte, nachdem er aus dem Zuchthause ausgebrochen war, sich bei einer Frau eingemietet und dieser Bücher im Werte von 100 Mark gestohlen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu noch einem Jahre Zuchthaus.

Vier Arbeiter getötet. In Bollweiler sind in dem Schachte Rudolf, der von der Rheinisch-Westfälischen Schachtbaugesellschaft hergestellt wurde, vier Arbeiter durch einen herabstürzenden Förderkübel getötet worden.

Explosion einer Dynamitfabrik. In der Dynamitfabrik von Bartsch & Real in Porz (Rheinland) erfolgte eine heftige Explosion, bei der ein Gebäude zerstört wurde. Ein 16 Jahre altes Mädchen wurde auf der Stelle getötet, ein 36jähriger Meister erlag im Laufe des Tages seinen Verletzungen. Zwei Personen wurden tödlich, 15 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Auch die umliegenden Häuser wurden beschädigt. Der Materialschaden wird auf etwa 20 000 Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. Sämtliche Feuerwehren der Umgegend sowie die Kölner Berufsfeuerwehr waren zur Hilfeleistung ausgerückt.

Zum Breslauer Sittenskandal wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß weitere 17 Personen verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden. Unter ihnen befinden sich fünf Kaufleute, zwei Kassierer von Lichtspieltheatern, zwei Portiers, ein Oberkontrolleur eines Lichtspielstheaters, der Heizer einer Badeanstalt, ein Hotelgeschäftsführer, ein Kaffeehausbesitzer, ein landwirtschaftlicher Administrator, ein Schuhmachermeister und ein Badediener. Im ganzen sind sonach 31 Personen von der Kriminalpolizei verhaftet worden, die im Verdacht stehen, Sittlichkeitsverbrechen an der zwölfjährigen Emma S. und der fünfzehnjährigen Klara F. verübt zu haben.

Neher war hier der auf der Hirsch-Dunckerschen Liste stehende Tischler Hopp. Seine liberale Ansicht betätigte er von vornherein so, daß er nur solche Wähler im Lokal zur Wahlkontrolle usw. dulden wollte, die in seinem Bezirk wohnten. Dabei bestimmt das Wahlreglement ausdrücklich, daß jedem Wahlberechtigten ohne Einschränkung der Zutritt gewährt werden muß. Auf den Widerspruch der Genossen Leu und Wollermann bequemte sich Hopp endlich zu einer richtigen Praxis. Der so korrekte Herr übersah jedoch vollständig, daß mehrere Hundert Stimmzettel der schwarzen Liste 4 auf dem Tisch lagen, auf dem sich die amtlichen Wahlkuverts befanden. Als mit Beschwerde beim Versicherungsamt gedroht wurde, wenn die Wahl nicht einwandfreier erfolge, begab sich Hopp selbst zum Stadtrat Loop, um zu hören, daß die sozialdemokratischen Bemängelungen durchaus begründet waren.

Schwer war der Kampf um die einwandfreie Wahlführung, die unsere Genossen in der Schule Schwarzes Meer führen mußten. Wahlvorsteher war ein überall unbekannter Schuhmacher F. Keuchel. Die Wahl wurde schon dadurch nett eingeleitet, daß der Wahlvorstand seinen Funktionen absolut hilflos gegenüber stand und sich auch nach gemeinsamen Verständigungsversuchen darüber nicht klar werden konnte. Schließlich eröffnete man zehn Minuten zu spät, weil schon Wähler warteten, die Abstimmung. Die Kontrolleurin des Rohdeschen Vereins hielt augenscheinlich in ihrer zu naiven Beurteilung der bürgerlichen Solidarität diesen Wahlvorstand für ein dienendes Organ der schwarzen Verbündeten. Sie übergab dem Vorsteher ihren Kuvertkasten und ersuchte ihn, die Kuverts nach der Abstimmung auszusondern. Erst auf den Einspruch des Genossen O. Spill lehnte der Vorstand diese wunderliche Zumutung ab. Als nun die Wahl endlich begann, gab man keine Kuverts an die Wähler ab. Vollständig hilflos, wußte niemand im Wahlvorstande, was man zu tun habe. Als Genosse Spill das richtige Verfahren erklärte, schlug der Vorsteher vor, er solle die Kuverts selbst verteilen! Der Herr Keuchel entschuldigte sich, als unser Freund dies ablehnen mußte, damit, daß die Wahl doch nicht alle Tage sei und er deshalb nicht so gut informiert sein könne. Er erhielt darauf zur Antwort, daß er dann auf den Posten hätte verzichten sollen. Zum Dank für seinen guten Rat wurde der Wahlvorsteher noch schneidig und forderte Spill mehrfach zum Verlassen des doch öffentlichen Wahllokals auf. Spill berief sich nun auf die Anwesenheit der schwarzen Listenführerin. Der Vorsteher lehnte jedoch deren Hinausweisung ab, weil ihr der Aufenthalt ausdrücklich gestattet sei, obwohl sie ebenfalls nicht in diesem Bezirk wähle. Spill begab sich nun zum Stadtrat Loop, der auf seine Beschwerde das Verhalten des Wahlvorstandes für unzulässig erklärte. Ein Sekretär des Versicherungsamtes erhielt den Auftrag, den Wahlvorstand besser zu unterrichten. Auch dessen Mühe war jedoch umsonst. Keuchel erklärte mit seinem übrigen Vorstande, daß er sich nicht beaufsichtigen lasse. Der im Wahlvorstande sitzende Kaufmann Strehlau, Stadtgebiet wohnhaft, forderte sogar zum Streik auf: Er würde unbedingt das Wahllokal verlassen, wenn Spill nicht entfernt werde; er belästige die Wähler. Spill bestritt diese Beschuldigung und meinte, der Wahlvorstand könne ihm für seinen guten Rat doch eher dankbar sein. Darauf erlaubte sich Strehlau eine bezeichnende Handbewegung zur Stirn, die als höfliche Geste nirgend gilt. Als ihm darauf genügend deutlich gedient wurde, folgten wieder Aufforderungen des Vorstehers an Spill zum Verlassen des Lokals. Dieser berief sich auf das Wahlreglement und die Entscheidung des Stadtrats und ging nicht. Nun wurde der ebenfalls im Wahlvorstande sitzende Angestellte der Ortskrankenkasse für Fabrik- und Gewerbebetriebe, Fuhrmann, unangenehm. Er forderte gerade nach der Bestimmung des Reglements, die Spill zum Bleiben berechtigte, seine Entfernung. Ein Feuerwehrmann lehnte die rohe Aufforderung, Spill herauszuwerfen, mit der Antwort ab, daß er polizeiliche Befugnisse nicht besitze. Während dieser ganzen unerquicklichen Auseinandersetzung hatte der Wahlvorsteher die **Wahlhandlung eigenmächtig geschlossen** und so eine Anzahl Wähler unberechtigt an der Wahl verhindert. Spill forderte mindestens gleiches Unrecht; wenn er gehen solle, müsse das auch die schwarze Listenführerin. Und diesen weisen Ausweg wählte schließlich auch der unübertreffliche Wahlvorstand. Mit Spill mußte auch die Dame hinaus und nach gut einer halben Stunde Unterbrechung wurde der Wahlakt endlich wieder eröffnet. Und diese — Affäre war in einer Großstadt möglich!!

Nach kurzer Zeit begab sich der Genosse M. zur Kontrolle in das Lokal und stellte sich höflich dem Wahlvorstande vor. Sofort fragte ihn der schon erwähnte Fuhrmann: Sie wollen hier agitieren? Der Wahlvorsteher Keuchel erlaubte sich sogar einen Griff nach der Jackettasche des Genossen und fragte, was darin sei? Als M. richtig erwiderte, daß das seine Privatangelegenheit sei, forderte Keuchel ihn ebenfalls zum Verlassen des Lokals auf, weil er — nicht in diesem Bezirk wohne. So war wieder ein unbequemer Beobachter entfernt. Als später auch im Bezirk wohnende Genossen im Lokal blieben, verteidigte der Vorsteher seine Rausschmeißerei gegen sie noch als liberal. So liberal war augenscheinlich auch ein anderer Wahlvorgang. Ein Dienstmädchen legte zur Legitimation nur eine Invalidenkarte vor und nannte ihre Herrschaft. Anscheinend genügten dem Vorstand diese Angaben nicht. Als jedoch die Kontrollkarte des schwarzen Sozialen Ausschusses bei der Wählerin entdeckt wurde, durfte sie sofort wählen!

Uebersieht man diese sogenannte Wahl, so darf sie als gültig unter keinen Umständen gelten. **Wir fordern die beschleunigte Ausschreibung der neuen Wahl und zwar an einem Sonntage!** Ferner verlangen wir mehrere, besser gelegene und geeignetere Wahllokale.

* * *

Es sind insgesamt **4979 Stimmen** abgegeben worden. Davon entfallen auf die einzelnen Wahllokale folgende Wahlresulate:

Rathaus: Gesamtzahl 1995, **Freie Gewerkschaften 834**, Sozialer Ausschuß 1022, Hirsch-Dunckersche 115, Magistratsliste 1, Ungültig 21 Stimmen.

Schule **Schwarzes Meer:** Gesamtzahl 553, **Freie Gewerkschaften 347**, Sozialer Ausschuß 173, Hirsch-Dunckersche 30, Magistratsliste 1, Ungültig 1 Stimme.

Schule **Barbara-Kirchhof:** Gesamtzahl 770, **Freie Gewerkschaften 435**, Sozialer Ausschuß 278, Hirsch-Dunckersche 55, Magistratsliste —, Ungültig 3.

Condor-Schuhe
und-Stiefel tragen Millionen Deutsche

Jedermann findet das Richtige in unseren allbeliebten Condor-Haupt-Preislagen:
5.90 6.75 7.50 8.50 10.50 12.50 14.50 16.50

Berufs-Schuhwerk
aus kernigem Material
in bequemen Formen

Warmgefütterte Stiefel
für Damen, Herren, u. Kinder
besonders preiswert

Winter-Hausschuhwaren in größter Auswahl.

Conrad Tack & Co. G.m.b.H.
Alleinverkaufsstelle der Schuhwarenfabrik Conrad Tack & Co
AG Burg b. Mgd.

Danzig, Gr. Wollwebergasse 14.

Ich bleibe meinem Grundsatz treu
jeden Kunden reell zu bedienen.

Jedermann erhält Kredit zu leichtesten Zahlungsbedingungen!

Große Auswahl in Möbeln aller Art
Tische, Stühle, Spiegel, Bettstellen, Sofas, Chaiselongues, Garnituren, Teppiche, Gardinen, Läufer usw.

Abzahlung von **1** Mark pro Woche an.

Grundreelles Kredithaus
Dagobert David Nachf. Altstädt. Graben 11 zwischen Holzmarkt u. Markthalle.

Preußischer Kommiß
Soldatengeschichten von August Winnig

Inhalt:
Zwei Beschwerden — Der Kaiserpreis — Guten Morgen, Herr Hauptmann — Der Pfingsturlaub — Jenseits der Menschlichkeit — Auf Festung — Das Reservebild — Grenadier Gimm — Finale

Preis gut gebunden 2,— Mark

Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten. Neuerdings ist die Redaktion eines Parteiblattes wegen Abdruck des Inhalts bestraft worden. Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte des Buches.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht", Danzig, Paradiesgasse 32.

Möbel·Spiegel Polsterwaren
empfehlen in nur sauberer und gediegener Ausführung auf
Billigste Preise · Streng reelle Bedienung
Unerreicht dastehende Auswahl
Bei ganzen Aussteuern Extrapreise
Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bar!

Kredit

A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig,
Lawendelgasse 23, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle.

Langfuhr: Gesamtzahl 744, **Freie Gewerkschaften 405**, Sozialer Ausschuß 271, Hirsch-Dunckersche 51, Magistratsliste —, Ungültig 18 Stimmen.

Schidlitz: Gesamtzahl 432, **Freie Gewerkschaften 262**, Sozialer Ausschuß 148, Hirsch-Dunckersche 15, Magistratsliste —, Ungültig 7 Stimmen.

Neufahrwasser: Gesamtzahl 484, **Freie Gewerkschaften 225**, Sozialer Ausschuß 258, Hirsch-Dunckersche 2, Magistratsliste —, Ungültig 1 Stimme.

Trotzdem also infolge der unzulänglichen Einrichtung der Wahllokale hunderten von Versicherten die Ausübung ihres Wahlrechtes unmöglich gemacht, sind die schwarzen Arbeiterfeinde **glänzend geschlagen** worden.

Von den 4978 abgegebenen Stimmen erhielten: **Freie Gewerkschaften 2508**, Sozialer Ausschuß 2152, Hirsche 268, Magistratsliste 2, ungültig 51 Stimmen. Von den 30 Ausschußvertretern dürften hiernach entfallen: Auf die **Freien Gewerkschaften 16**, den schwarzen Ausschuß 13 und auf die Hirsche 1 Vertreter.

Die 15 auf die Arbeitgeber entfallenden Ausschußvertreter verteilen sich nach dem Abstimmungsergebnis wie folgt: Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft erhielt 10, der Innungsausschuß nur 1 und die Sonderliste der Ortskrankenkasse für vereinigte Fabrik- und Gewerbebetriebe 4 Vertreter.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Zum Jenaer Parteitag wird die Danziger Sozialdemokratie am kommenden Freitage in einer Versammlung Stellung nehmen. Diese tagt im großen Saale der Maurerherberge und beginnt um 8 Uhr abends. Referent ist der Genosse Sellin. Bei der Wichtigkeit, die gerade der diesjährige Parteitag für die Entwicklung unserer Bewegung besitzt, ist ein zahlreicher Besuch der Veranstaltung dringend notwendig.

Emaus will nach Danzig eingemeindet werden. Eine Versammlung von Gemeindeangehörigen sprach sich dafür aus und wählte eine Kommission, die eine Denkschrift ausarbeiten und dem Danziger Magistrat unterbreiten soll. Wirtschaftlich ist Emaus längst ein Bestandteil des Danziger Gemeinwesens und die Beseitigung der kommunalen Trennung liegt daher nahe. Aber die Angelegenheit darf nicht für den Landkreis zu einem Geldgeschäft werden. Bei den in der letzten Zeit erfolgten Eingemeindungen Danziger Vororte gewinnt man immermehr den Eindruck, daß die Stadt dabei der Dumme gewesen ist. Wofür sind neulich bei der Eingemeindung von Schellmühl die 350000 Mark an den Kreis gezahlt worden? Gewiß braucht Danzig die Vororte. Das darf indessen kein Grund sein, Danzig zu übervorteilen.

Der fällige tödliche Unfall bei Schichau ereignete sich am Freitag, den 26. d. M., vormittags, indem der 27jährige Knarrer Robert Stellmach von der ca. 19 Meter hohen Stellage stürzte. Wie uns weiter mitgeteilt wurde, ist nach dem Unfall an der Absturzstelle ein Schutzgeländer angebracht worden. Es ist dies die alte Geschichte: Ist das Kind ertrunken, deckt man den Brunnen zu.

Im Schützenhause machte während der Haskel-Abschiedsvorstellung ein Herzschlag dem Leben des Kaufmannslehrlings Möller ein Ende.

Wieder ein Automobilunglück! In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag überfuhr eine Automobildroschke an der Gewehrfabrik den Schlosser Friedrich Schattner. Der Ueberfahrene wurde nach dem Marienkrankenhause gebracht, war aber bei der Einlieferung bereits tot, da ihm der Schädel zertrümmert war. Es heißt, der Verunglückte sei angetrunken gewesen. Das mag sein. Aber auf der anderen Seite kann man Tag für Tag soviel Rücksichtslosigkeiten von Automobilisten beobachten, daß auch in diesem Falle der Verdacht, das Automobil sei zu schnell gefahren, nicht von der Hand zu weisen ist.

An der Reitergasse ist in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag eine unbekannte Frau in die Mottlau gefallen und ertrunken. Der Unglücksfall ist nicht der erste, der an dieser Stelle erfolgt ist. Trotzdem hat man bisher nicht gehört, daß die Behörde etwas unternommen hat, um die Menschenfalle — so heißt die Unglücksstelle mit ihrem Spitznamen — zu beseitigen.

Plötzlicher Andrang von Inseraten nötigte uns, die heutige Fortsetzung des Parteitagsberichts arg zu verkürzen. In der nächsten Nummer, die übrigens den Schluß der Verhandlungen bringt, wird das Versäumte nachgeholt werden.

„Der verfolgte Christengott“, ein Artikel, den der bekannte Herr Ewert in seiner Evangelischen Volkszeitung losgelassen hatte, war die Ursache, daß der Verleger der Danziger Neuesten Nachrichten sich beleidigt fühlte. Herr Fuchs stellte Strafantrag gegen seinen Widersacher. Das Schöffengericht verurteilte den frommen Ewert zu 300 Mark Geldstrafe

5 **Schlager** 5

Hervorragend billiges Angebot.

Samt-Toques 3.65
mit Samt-Garnitur, schwarz, für junge Damen, in 4 verschiedenen Formen . . . . . .

Samt-Toques 5.45
mit Samt-Flügel und Tüll-Schmetterling, in vielen Farben . . . . . .

Samt-Hut 5.45
mit echtem Strausskranz und Stutz, in vielen Farben . . . . . .

Samt-Hut 7.90
mit zwei echten Federn und Agraffe . . . . . .

Filz-Gamin 1.95
moderne, kleine Form, in sechs verschiedenen Farben . . . . . .

Beachten Sie mein Schaufenster!

Julius Goldstein

Lawendelgasse Nr. 4.

Es ist nötig, auf die Hausnummer zu achten!

Arbeiter! Kauft nur bei Volkswacht-Inserenten!

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Freitag, den 3. Oktober 1913, abends 8 Uhr bei Beuster in der Maurerherberge

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht vom Parteitag in Jena.

Berichterstatter Eugen Sellin.

Wir ersuchen die Mitglieder um zahlreichen Besuch.

Die Parteileitung.
J. A.: E. Sellin.

Vorwärts Bibliothek

Jeder gut gebundene Band 1 Mk.

Verschrobenes Volk

und andere Erzählungen von R. Grötzsch.

Die „Gleichheit“ schreibt: Ein Buch von lachender Satire und keckem Humor, auf dem festen Boden proletarischer Weltanschauung erwachsen, ein Buch, das nicht redet, sondern mit frischem hellängigem Sinn gestaltet.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Zentralbibliothek
zu Danzig
Kostenlose Bücherausgabe
Mittwoch von 7—8 Uhr
Sonnabend v. 6-8½ Uhr
abends
Dominikswall 8, Hof I.

Vorwärts Bibliothek

Jeder gut gebundene Band 1 Mk.

Der Prinzipienreiter.

Von Wilhelm Blos.

„Dieses Buch ist in den Kreisen, die sich für die Geschichte des „tollen Jahres“ 1848 interessieren, gut aufgenommen worden. Es ist darin, vielleicht zum ersten Male versucht worden, die von der Revolution bewirkten mannigfachen und merkwürdigen Verschiebungen unter den sozialen Schichten der Bevölkerung gründlich auch in Romanform zur Darstellung zu bringen. Durch die Anlehnung an bekannte historische Persönlichkeiten in einem mitteldeutschen Kleinstaate jener Zeit konnte bei der dichterischen Ausschmückung auch der Humor eine Pflegstätte finden. Dies soll, wie der Autor ausdrücklich sagt, den Ernst, mit dem die Ereignisse von damals in der großen Welt zu betrachten sind, nicht beeinträchtigen.“

Zu beziehen durch

Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Friseur Paul Wienhold, Langf., Brunshöfer-Weg 24.

Neu-Eröffnung!

Einem geehrten Publikum von Langfuhr und Umgebung und meinen werten Kunden zur gefälligen Nachricht, daß ich am 1. Oktober mein

Schuhwaren-Geschäft

von Hauptstraße 109 nach

Hauptstraße 37 verlege.

Es soll auch fernerhin mein Bestreben sein, nur reelle Waren bei denkbar billigsten Preisen zu führen.
Um geneigte Unterstützung und ferneres Wohlwollen bittet

August Wilke, Schuhmachermeister.

oder 30 Tagen Gefängnis. „Der verfolgte Christengott" muß es schon etwas sehr toll getrieben haben, um das Gericht zu einem so schweren Urteil zu veranlassen. Wie kann man nur so sein, Herr Ewert?

Elbing-Marienburg.

Der Elbinger Magistrat auf der Anklagebank. Das ist nicht bildlich gemeint. Nein, der Magistrat sollte wirklich und wahrhaftig dieser Tage auf dem Mühlendamm das Armensünderbänkchen zieren. Und das kam so. In einer städtischen Forst hatte die Stadt Elbing einen Bau unternommen, vergaß aber, bei dem Kreisausschuß um Bauerlaubnis nachzusuchen. Als eines schönen Tages der Gendarm nach dem Konsens fragte, war er nicht da. Weil in Preußen Ordnung herrscht, erhielt der Magistrat einen Strafbefehl über 30 Mark zugesandt. Es gab im Elbinger Rathause ob dieses Schriftstückes bei Bürgermeister und Dezernenten verblüffte Gesichter. Bald jedoch ermannten sich die Elbinger Ortsgewaltigen. Sie nahmen die Fehde auf und beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht kam trotz des angesetzten Termins nicht dazu, in dieser Sache Recht zu sprechen. Vor Eintritt in die Verhandlung verkündete der Vorsitzende, daß das Verfahren eingestellt sei. Nur Personen, nicht aber Körperschaften, könnten bestraft werden. Das Geschick ist also dem Elbinger Magistrat gnädig gewesen. Denn zweifellos wäre es in der Schichaustadt für manchen ein Gaudium gewesen, zu wissen, daß auch der Magistrat nicht mehr unbescholten sei.

In der Bedürfnisanstalt am Elbingfluß starb ein Besitzer aus der Niederung an Herzschlag.

Der Dieb der beiden Kühe in Ellerwald wurde in einer Animierkneipe in Christburg dingfest gemacht. Es war ein Fleischergeselle aus Tilsit, der erst kurze Zeit vor dem Diebstahl aus der Marienburger Strafanstalt entlassen war. Von dem Gelde, das ihm die Kühe eingebracht hatten, besaß der Verhaftete noch 156 Mark. Der Schaden des Besitzers ist also nicht allzu groß.

Schwarze Heerschau. Die westpreußischen Römlinge werden am 3. und 4. November in **Marienburg** ihren Parteitag abhalten. Als besondere Attraktion wird das Erscheinen des großen Schaumschlagers Erzberger angekündigt.

Durch Erdmassen verschüttet wurde in **Marienburg** auf dem Bauplatz der Trainkaserne der Arbeiter August Keller. Obwohl die Kollegen des Verunglückten diesen sofort ausgruben, hatte er so schwere Verletzungen erlitten, daß einige Stunden später der Tod eintrat.

Danzig-Land.

In Ohra tagte auf dem Grundstück des Herrn Saletzki eine von 150 Personen besuchte Volksversammlung. Die Rednerin, Frau Käte Leu, erläuterte die heutigen im Interesse des Kapitals geführten Kriege und anknüpfend daran die Entstehung der wirtschaftlichen Krisen mit der Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden. Der Staat und die Kommunen müßten der Arbeitslosenversicherung nähertreten. Um die Arbeitslosigkeit zu mindern, müßten sofort Notstandsarbeiten vergeben werden. Dem Rufe, die politische Organisation zu stärken und die Volkswacht zu abonnieren, folgten mehrere der Anwesenden.

Vom Fuhrwerk überfahren wurde in Nawitzer Mühle bei **Brentau** der Arbeiter Ruth. Der Verunglückte mußte nach Danzig ins Krankenhaus gebracht werden, da ihm beide Beine schwer verletzt worden waren.

Schadenfeuer. Ein Brand zerstörte in **Zippau** die Scheune des Besitzers Zacharias mitsamt der eingebrachten Ernte.

Stuhm-Marienwerder.

Eine harte Strafe. Während der Verbüßung einer Strafe im Gefängnis beschuldigte der Schuhmacher **Sadowski** aus **Stuhm** den Gefangenaufseher **Mühlke**, dieser hätte seine Stiefel mit Leder, das der Anstalt gehörte, besohlen lassen. Die Behauptung Sadowskis war unwahr. Er wurde unter Anklage gestellt und von der Strafkammer in Rosenberg zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Thorn-Kulm-Briesen.

Landesverratsprozeß.

Der Sergeant Wölkerling aus **Thorn** hat als Schreiber beim Gouvernement in Thorn militärische Schriftstücke entwendet und diese an Rußland verkauft. Er wurde verhaftet und 750 000 Mark, die man bei ihm fand, wurden konfisziert. Vom Kriegsgericht wurde Wölkerling wegen Spionage zu 15 Jahren Zuchthaus und zu 15 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Reichsgericht hob als Revisionsinstanz das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz. Das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps beschäftigte sich daher nochmals mit dem Fall. Am Donnerstag begannen die Verhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Oberkriegsgericht erklärte sich in der Anklagesache wider den Sergeanten Wölkerling vom Gouvernement Thorn wegen versuchten Landesverrats an Oesterreich für unzuständig und verurteilte den Angeklagten dagegen wegen des Landesverrats an Rußland unter teilweiser Aufhebung des früheren Urteils zu 15 Jahren Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere, 10 Jahren Ehrverlust, Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, 14 000 Mark Geldstrafe oder acht Monaten Zuchthaus und Beschlagnahme der bei dem Wölkerlingschen Ehepaare vorgefundenen Gelder, Sparkassenbücher und Hypotheken. Ebenso sollen die bei dem Angeklagten vorgefundenen photographischen Apparate und Rechnungen beschlagnahmt werden. Bei der Begründung des Urteils wurde, ebenso wie bei der Verhandlung, wegen angeblicher Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Zum Umzug!

Hervorragend billige Extra-Preise!

Gardinen weiß und creme . . . . . Meter 68, 58, 45, 35 ₰ | Lambrequins weiß und creme . . . . . 1.35 M, 95, 75, 58 ₰

Läuferstoffe 60/67 cm breit . . . . . Meter 95, 65, 48, 35 ₰

Rouleaus-Stoffe weiß, creme, gold, 130 cm breit . . . Meter 95 ₰ | Tüll-Garnituren 3- und 4teilig . . . . . 1.85, 1.45 M 95 ₰

Gardinen-Ringband alle Farben . . . Meter 9 ₰ | Gardinenstangen mit Patent-Klappeschen, 75, 58, 45 ₰ | Rouleaus-Schnur alle Farben . . 10 Meter 18 ₰

Gardinenstangen ausziehbar bis 180 cm mit Patent Klappeschen 95 ₰ | Waffel-Bettdecken weiß und bordeaux . . . . 3.25, 2.45, 1.95 M

Schrubber 45, 35, 25 ₰ | Scheuerbürsten 33, 18, 10 ₰ | Haarbesen 1.95, 1.45 M, 95, 75 ₰

Glanz-Tischdecken hell und dunkel, neue Muster . 1.85, 1.35 M, 95 ₰ | Barchent-Bettlaken und -Decken weiß, hell und bunt . . 4.85, 3.50, 2.25, 1.50 M, 95 ₰

Rehleder 60, 55, 33 ₰ | Sofaklopfer 50, 40, 25 ₰ | Straßenbesen Piassava . . . 80, 60, 50 ₰

Papier-Spitzen für die Küche 10 Mtr. 20, 18, 12 ₰ | Scheuer-Pulver „Sirar" 16, 8 ₰ | Wäscheklammern Schock 25, 18, 12 ₰ | Wäscheklammern gebrechselt, rund . . . Schock 45 ₰

Oranienb. Haushaltseife . . Pfd 15 ₰ | Staubwedel mit Rohrstiel . . . 50, 35 25 ₰ | Marktaschen Fleiß. eig. Fabr. 1.80, 1.25 M, 95 ₰

Julius Goldstein

Junkergasse 2. Verlangen Sie Rabattmarken. Lawendelgasse 4.

Zum Umzug!

Um meine überfüllten **Riesenläger** zu räumen, habe ich mich entschlossen

bis 5. Oktober

zu Spottpreisen und zu ganz außergewöhnlich günstigen Zahlungsbedingungen

mit kleinster Anzahlung und sehr bequemer Abzahlung zu liefern und bitte ich **ohne Kaufverpflichtung** um gefl. Besichtigung meiner Läger.

Möbel

1 Kleiderschrank
1 Vertiko
1 Sofa
1 Oberbett u. 1 Kissen
1 Bettstelle
1 Waschkommode
1 Trumeaux
1 Küchenschrank
1 Teppich

Für nur 3 Mark Anzahlung pro Stück
Abzahl. M. 1 pro Woche.

Bunte Küchen

1 Bettstell mit Matratze
1 Kleiderschrank
1 Tisch u. 3 Stühle
1 Spiegel
1 Waschkomode

Diese Einrichtung liefere ich für nur 210 Mark mit 15 Mark Anzahlung
Abzahl. 1.50 M. pr. Woche

Englische Schlafzimmer

2 Bettstellen
1 Tisch, 1 Sofa
4 Stühle
1 Kleiderschrank
1 Vertiko
1 Spiegel
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl

Diese Einrichtung liefere ich für nur 290 Mark mit nur 20 Mark Anzahlung
Abzahl. 2.50 M. pr. Woche

Bessere Einrichtungen bis 5000 M.

Ulster, Paletots und Anzüge

1 Paletot 18 M., Anz. 4 M. | 1 Anzug 20 M., Anz. 4 M.
1 Paletot 26 M., Anz. 6 M. | 1 Anzug 26 M., Anz. 6 M.
1 Paletot 32 M., Anz. 8 M. | 1 Anzug 35 M., Anz. 8 M.
1 Paletot 40 M., Anz. 10 M. | 1 Anzug 45 M., Anz. 10 M.

Abzahlung nach Wunsch des Käufers.

Jedermann erhält Kredit

Schicke Damen-Garderobe
Kostüme, Paletots, Mäntel, Röcke, Blusen, Pelz-Kolliers und Muffen.
Spottbillige Preise.
Kleinste An- und Abzahlung.

Achten Sie genau auf die Hausnummer

M. Blumenreich N.
Danzig, Breitgasse 16.